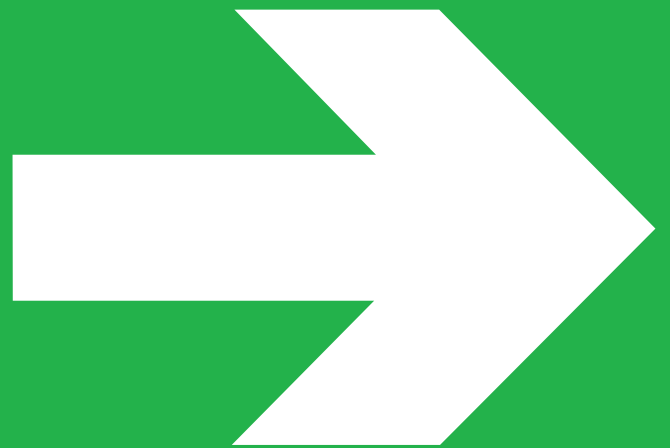


KEIN RAUM FÜR RECHTSEXTREME!



Handreichung für die Gemeinwesenarbeit
gegen Rechtsextremismus in München

Herausgeber:

Euro-Trainings-Centre ETC e.V.

Redaktion:

Robert Andreasch, Marcus Buschmüller, Melanie Mahabat Bahar, Martina Ortner

Diese Broschüre wurde erarbeitet in den Projekten:



und wurde gefördert durch:



Landeshauptstadt
München



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Der Druck dieser Broschüre ist durch die freundliche Unterstützung des Ausländerbeirats München möglich gewesen.



**Ausländerbeirat
München**

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Willy Frauenknecht
Euro-Trainings-Centre ETC e.V.
Sonnenstraße 12
80331 München

2. Auflage, Sommer 2012

Vorwort	4
----------------	---

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung

1.1 Definitionen von Rechtsextremismus	5
1.2 Rechtsextremismus als Forschungsgegenstand	8
1.3 Was hat Zivilgesellschaft mit Rechtsextremismus zu tun?	10

2. Informationen

2.1 Rechte Gruppen in München und der Region	12
2.2 Symbole und Codes in rechten Szenen	14

3. Praxis

3.1 Gemeinwesenarbeit als Baustein gegen Rechtsextremismus	22
3.2 Seminaraufbau und Ablauf	24
3.3 Beispiele für gute Projekte	26
3.4 Beispiele aus dem Münchner Mehrgenerationenhaus <i>Unter den Arkaden</i>	28

Ausblick	30
-----------------	----

Adressen	31
-----------------	----

Vorwort

Das Mehrgenerationenhaus *Unter den Arkaden* (MGH) ist eine soziale Bildungseinrichtung und ein Treffpunkt für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtviertels Harthof. Der Stadtteil Milbertshofen – Am Hart mit seinen 63.000 Einwohnern zählt zu den ärmsten in München und ist mit 34,5 % die Region mit dem zweithöchsten Ausländeranteil der Stadt. Das MGH organisiert Veranstaltungen und Angebote, die sich speziell an den Bedürfnissen und Interessen der Menschen im Viertel orientieren. Die Vielfalt des Quartiers spiegelt sich im MGH wider. Besucherinnen und Besucher aller Generationen und Kulturen sind herzlich willkommen.

Träger des Hauses ist der Euro-Trainings-Centre ETC e.V. Er wurde 1995 gegründet und ist als gemeinnütziger Verein und Träger der freien Jugendhilfe anerkannt. Das ETC führt Betreuungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch mit dem Ziel, die individuelle Entwicklung zu fördern und soziale Benachteiligungen v.a. durch Bildung zu überwinden. Neben den überregionalen Qualifizierungs- und Bildungsangeboten speziell für junge Menschen hat das ETC einen zweiten Arbeitsschwerpunkt: das generationsübergreifende Engagement im Münchner Norden.

Im Rahmen des Xenos-Projekts „Voneinander lernen – miteinander leben“, einem Projekt für arbeitsmarktbezogene Maßnahmen in Schule, Ausbildung und Arbeitswelt und gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, nahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MGH sowie Kolleginnen und Kollegen anderer sozialer Einrichtungen im Münchner Norden von März bis Juli 2010 an einer Schulung zum Thema „Rechtsextremismus im Sozialraum“, durchgeführt von „firm“ – Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München, teil.

Viele soziale Einrichtungen begegnen im Alltag Rechtsextremismus. Aber wie handelt man, wenn rechte Gruppen Räume mieten wollen? Wie reagiert man, wenn abfällige Bemerkungen Migrantinnen gegenüber geäußert werden? Gemeinwesenarbeit und interkulturelle Arbeit im sozialen Nahraum beinhaltet nach unseren Leitsätzen auch stets politische Sensibilisierungsarbeit. Ziel dieser Schulung war es, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus sozialen Einrichtungen für diese Thematik zu sensibilisieren und Strategien und „Handlungswerkzeuge“ zu entwickeln. Sie sollte auch eine Hilfestellung sein, das sensible Thema bei Besucherinnen und Besuchern ihrer sozialen Einrichtungen anzusprechen und zum Handeln ermutigen.

Der theoretische Teil definiert zunächst Rechtsextremismus und gibt einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand, der Informationsteil bezieht sich v.a. auf Phänomene in der Stadt, benennt Organisationen und gibt Einsicht über häufig verwendete Symbole aus der rechten Szene. Der letzte Teil schließlich soll den Lesenden ganz praktische Tipps geben.

Ganz herzlich möchte ich Frau Dr. Martina S. Ortner, Herrn Marcus Buschmüller sowie Herrn Robert Andreasch für die spannende, fachkundige und professionelle Durchführung der Schulung sowie für die Erstellung dieser Broschüre danken.

München, im Januar 2012

Melanie Mahabat Bahar
Projektleitung Xenos
„Voneinander lernen – miteinander leben“

1.1 Definitionen von Rechtsextremismus

Martina Ortner und Marcus Buschmüller

Das Wort Rechtsextremismus löst Emotionen aus und hat zu unterschiedlichsten theoretischen Debatten geführt.¹ Von was sprechen wir überhaupt, wenn wir den Begriff verwenden? Nachstehend zeichnen wir einige Aspekte dieses schillernden Begriffes nach.

„Rechts“ ist in unserem täglichen Sprachgebrauch eine Richtungsanzeige. Zu einer politischen Richtungsbestimmung wurde das Wort „rechts“ in der französischen Nationalversammlung 1789. Es bezieht sich auf die damalige Sitzordnung. Das Wort „rechts“ wird also u. a. verwendet als Richtungsangabe und politische Verortung. „Extrem“ bedeutet „äußerst, bis an die äußerste Grenze gehend, radikal, krass“ (Duden 2009). Jemand macht z. B. eine extreme Sportart wie Triathlon, ist extrem schnell mit dem Auto gefahren, das Wetter im Urlaub war extrem schlecht, jemand hat extrem viel Arbeit etc. Es beschreibt also ein Verhalten und einen Zustand, das bzw. der außerhalb des normal Erwarteten liegt.

Den Begriffen „Rechts- und Linksextremismus“ liegt die so genannte Extremismustheorie zugrunde: das Verständnis einer Bedrohung der Gesellschaft durch „Extremisten“ an ihrem rechten wie linken Rand. Eine Differenzierung nach Einstellungen und politischen Zielen erfolgt dabei nicht. Suggestiert wird vielmehr, dass eine politische Mitte der Gesellschaft existiert, die sich von diesen Extremen klar abgrenzen lässt. „Diese Konstruktion hat zur Folge, dass eine Mitte und ihr monopolisiertes Demokratieverständnis idealisiert werden kann und auch wird [...]“ (Brähler et al. 2010: 11f). Die Definition des seit 1974 vom bundesdeutschen Verfassungsschutz benutzten Begriffes „Rechtsextremismus“ bezieht sich genau auf dieses beschriebene Bild der Polaritäten und ordnet „rechtsextrem“ als ein Verhalten ein, das außerhalb der gesellschaftlichen Norm liegt und damit als gefährlich für die freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO)² zu werten ist.

„Der Rechtsextremismus weist keine gefestigte einheitliche Ideologie auf. Die Bestrebungen rechtsextremistischer Organisationen in Deutschland sind im Wesentlichen dadurch gekennzeichnet, dass sie die Grundlagen der Demokratie ablehnen und stattdessen – aus taktischen Gründen meist nicht offen erklärt – eine totalitäre Regierungsform unter Einschluss des Führerprinzips anstreben, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren ist.“

Bestimmende Merkmale des organisierten Rechtsextremismus sind vor allem

- *die pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Interessen und Rechte des Einzelnen, die zu einer Aushöhlung der Grundrechte führt (völkischer Kollektivismus),*
- *ein den Gedanken der Völkerverständigung missachtender Nationalismus,*

- *die offene oder verdeckte Wiederbelebung rassistischer Thesen, u.a. des Antisemitismus, die mit dem Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip nicht vereinbar sind, immer wiederkehrende Versuche, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unter Herausstellung angeblich positiver Leistungen des Dritten Reiches zu rechtfertigen, die Widerstandskämpfer gegen das NS-Regimes zu diffamieren und die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu verschweigen, zu verharmlosen oder gar zu leugnen.“ (Verfassungsschutzbericht Bayern 2007: 93)*

Die Perspektive diverser Sozialwissenschaftler_innen berücksichtigt andere Kriterien oder mit den Worten von Stöss (2010: 16): „Die Politik kann sich jedoch nicht darauf beschränken, Rechtsextremismus ausschließlich als manifesten Bedrohungsfaktor für die Verfassung zu analysieren“ (Hervorhebung im Original). Sie fragen, warum jemand so ein Verhalten ausbildet und kommen damit zur Ebene der Einstellungen³. Es geht ihnen sowohl um Fragen der Persönlichkeitsstruktur als auch um den Nährboden den evtl. das Elternhaus oder das gesellschaftliche Umfeld bieten. Sie analysieren zudem, wie sich Rechtsextremismus zeigt. Mit zunehmenden Forschungserkenntnissen der verschiedenen Fachdisziplinen, entwickelten sich verschiedene Stränge in der Definition des Begriffs Rechtsextremismus. Die einen beziehen sich auf die Einteilung des Verfassungsschutzes, betrachten dabei mehr die Verhaltensebene und die Bedrohung der FDGO. Andere lösten sich von dieser Engführung, entwickelten ein umfassenderes Verständnis und berücksichtigen gleichermaßen die Einstellungsebene. Wir folgen letzteren und schlagen als Definition vor:

„Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozial darwinistische Einstellungen.“ (Stöss 2010: 57)

Diese Definition betont Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Wer eine solche Einstellung hat, vertritt, dass Menschen einer bestimmten Gruppe mehr oder weniger „wert“ sind. Dies zeigt sich z. B. in Rassismus, Antisemitismus, Homosexuellenfeindlichkeit und Sexismus. Politisch findet diese Einstellung Ausdruck in der Überbetonung der Nation, dem Gedanken der Volksgemeinschaft und der Neigung zu autoritären politischen Systemen. Die Definition von Stöss et al. ist deshalb so hilfreich, weil sich eine Gruppe von Wissenschaftler_innen darauf verständigt hat und daraus ableitend einen Fragenkatalog entwickelten. Dieser beinhaltet die Möglichkeit, die einzelnen in der Definition zusammengefassten Dimensionen zu untersuchen und somit dieses Einstellungsmuster in Regionen, von verschiedene Milieus und Entwicklungen über die Jahre zu verfolgen. Dies darf aber nicht zu dem Rückschluss führen, dass getestet werden kann, ob jemand rechtsextrem ist oder nicht. Dennoch hilft diese Definition Fragen zu stellen und die Anwendung dieses Fragebogens

¹ „In einer Untersuchung des wissenschaftlichen Begriffsgebrauchs wurde festgestellt, dass in 13 Studien insgesamt 37 unterschiedliche, wenn auch sich teilweise über schneidende Bedeutungen von ‚Rechtsextremismus‘ zu finden sind.“ (Decker et al. 2010: 11).

² Nach § 4 Abs. 2 BVerfSchG sind zur FDGO zu zählen: Volkssouveränität, Gesetzmäßigkeit des Handelns, Oppositionsfreiheit, Chancengleichheit für Parteien, Unabhängigkeit der Gerichte, Ausschluss jeder Gewalt und Willkürherrschaft, Menschenrechte.

³ Grundlegend arbeiteten hierzu Adorno et al., siehe Kapitel Rechtsextremismus als Forschungsgegenstand.

ermöglicht eine Vergleichbarkeit. Eine solche Definition führt weg von einer Links-Rechts-Skala und untersucht, wie sich Rechtsextremismus in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus zeigt.

Wenn wir beispielhaft fünf Definitionen von Rechtsextremismus gegenüberstellen, siehe nachstehendes Schaubild, dann zeigt

sich, dass die Merkmale Nationalismus und Ungleichwertigkeitsvorstellungen bei allen auftauchen, gefolgt von Autoritarismus, ethnischer Volksgemeinschaft und Rassismus. Die Ablehnung der Demokratie, die den Rechtsextremismus zum Extremismus außerhalb der FDGO macht, ist nicht durchgängig.

	Brockhaus¹	VS²	Backes / Jesse³	Jaschke⁴	Stöss et al.⁵
Ideologie nicht gefestigt	(X)	X	X		
Autoritarismus / Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	X	X		X	X
Nationalismus / Chauvinismus	X	X	X	X	X
Volksgemeinschaft		X	X	X	X
Antiindividualistisch		X	X	X	
Sozialdarwinismus				X	X
Rassismus / Ausländerfeindlichkeit	X	X		X	X
Antisemitismus		X			X
Ungleichwertigkeitsvorstellungen	X	X	X	X	X
Ablehnung der Demokratie	X	X	X		
Historische Rechtfertigung / Verharmlosung der NS-Zeit		X			X
Perspektive	Einzelner Staat	Einzelner Staat	Merkmale von Extremismus insgesamt	Industriestaaten europaweit Einstellung Verhalten Soziale Bewegung	Unterscheidung von Einstellung Verhalten
Theoretischer Hintergrund	k. A.	Totalitarismustheorie	Totalitarismustheorie	Modernisierungstheorie	Kritische Theorie

© Abb. Ortner, firm

¹ www.brockhaus.de/infothek/infothek_detail.php?nr=18033, Zugriff: 10.02.2009.

² Bayerischer Verfassungsschutzbericht 2007.

³ Grundlage: Winkler in Schubarth/Stöss 2000: 46.

⁴ Zitiert nach Stöss 2010: 19.

⁵ Stöss 2010: 57.

Vom Rechtsextremismus wird des öfteren der Rechtsradikalismus unterschieden. Dieser agiert – so Vertreter_innen dieser Richtung – noch innerhalb der FDGO. Minkenberg schlägt hierzu vor:

„Als rechtsextrem werden diejenigen politischen Bestrebungen, Kräfte, Parteien bezeichnet, die gezielt auf die völlige oder weitgehende Abschaffung der in der Verfassung niedergelegten demokratischen Spielregeln hinarbeiten und dabei auch bereit sind, verfassungswidrige Mittel einzusetzen (Gewaltakzeptanz). Rechtsradikalismus schließt demgegenüber auch Kräfte oder Bestrebungen ein, die die geltende demokratische Ordnung als solche nicht in Frage stellen, jedoch durch Rückgriff auf den ultranationalistischen Mythos eine Radikalisierung von rechts und damit eine Revision der Verfassungswirklichkeit bzw. einzelner Normen anstreben.“ (Minkenberg 1998: 34)

In kritischen Wissenschaft- und journalistischen Kreisen findet zunehmend der Begriff „extreme Rechte“ Verwendung. Die Autor_innen möchten sich von den vorgenannten Begrifflichkeiten abgrenzen, da ihrer Meinung nach die Diskussionen darüber ideologisch aufgeladen sind.

Der ideologische Hintergrund des entsetzlichen Massakers in Norwegen vom Juli 2011 hat eine politische Bewegung erneut in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt, die in vielen europäischen Ländern bereits seit Jahren erfolgreich agiert, teilweise sogar mitregiert, den so genannten Rechtspopulismus. „Im Zentrum populistischer Ideologie und Praxis steht die strikte Gegenüberstellung von ‚Volk‘ und (vermeintlich) ‚korrupter‘ Elite.“ (Geden 2007: 6).

Kern ist „der Rekurs auf das einfache ‚Volk‘ und die Kritik am ‚Establishment‘.“ (Decker 2004: 12). Ideologisch tauchen auch hier die Merkmale des Rechtsextremismus auf.⁴

Vereinzelt und insbesondere in Bezug auf migrantische Gruppen findet der Begriff „Ultrationalismus“ Verwendung. Diese Wortschöpfung betont den Nationalismus mit dem Zusatz „ultra“, wobei Nationalismus bereits Rassismus und damit eine Ungleichwertigkeitsvorstellung beinhaltet, womit wir wieder beim klassischen Rechtsextremismus angekommen sind. Der Zusatz „ultra“ ist daher überflüssig. Wir sprechen in Bezug auf migrantischen Rechtsextremismus von „ethnischem Nationalismus“⁵, um dieses Phänomen vom deutschen Rechtsextremismus abzugrenzen.

Auf europäischer und auf internationaler Ebene gibt es keine verbreitete Definition von Rechtsextremismus. In diesen Zusammenhängen wird eher von Rassismus gesprochen.

Literaturangaben:

Bayerisches Staatsministerium des Inneren (2007): Verfassungsschutzbericht Bayern 2007. München.

Decker, Oliver; Weißmann, Marliese, Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Bonn

*Brockhaus:
www.brockhaus.de/infothek/infothek_detail.php?nr=18033,
(Zugriff:10.02.2009)*

Decker, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus. Opladen. Duden (2009). Band 1. Mannheim u. a.

Geden, Oliver (2007): Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2007_S17_gdn_ks.pdf (Zugriff 15.08.2011)

Minkenberg, Michael (1998): Die neue radikale Rechte im Vergleich. Wiesbaden.

Kluge (1999). Ethymologisches Wörterbuch. Berlin u. a.

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin.

Winkler, Jürgen R. (2000): Rechtsextremismus: Gegenstand – Erklärungsansätze - Grundprobleme . In: W. Schubarth, R.

Stöss: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn. S. 38-68

⁴ Die Verwendung des Begriffes Rechtspopulismus in Abgrenzung zum Rechtsextremismus erinnert an die Debatte der begrifflichen Abgrenzung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. In beiden Fällen bekommt ein Phänomen eine zusätzliche „weichere“ Bezeichnung mit der Begründung des Gewaltfaktors. Wir stehen dieser Aufspaltung kritisch gegenüber, denn die Kernaussagen bleiben gleich.

⁵ Mehr dazu in den Broschüren: Heimatliebe, Nationalstolz und Rassismus – Einzelmeinung oder Trend? Hg. von der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München.

1.2 Rechtsextremismus als Forschungsgegenstand

Martina Ortner

Auch wenn es in den unterschiedlichen Fachdisziplinen, vor allem den Politikwissenschaften, differenzierte Forschungsarbeiten zum Rechtsextremismus gibt, findet sich bis heute im ganzen Bundesgebiet kein ausgewiesener Lehrstuhl zum Thema Rechtsextremismus. Eine Folge ist, dass es zwar fundierte Einzelstudien gibt und einige Wissenschaftler_innen einen Forschungsschwerpunkt in diesem Bereich haben, eine unabhängige systematische Erforschung von Rechtsextremismus in Deutschland aber unterrepräsentiert ist. Anhand weniger ausgewählter Forschungsarbeiten soll nachstehend ein kurzer Einblick in das Feld gegeben werden.

Bereits während und nach dem Zweiten Weltkrieg starteten erste Untersuchungen. Damals ging es vor allem um die Fragen von Autorität⁶ und die Aufarbeitung des NS-Regimes. Adorno, Horkheimer et al., die von Frankfurt in die USA emigriert waren, identifizierten in ihren grundlegenden Untersuchungen – bis heute wird darauf Bezug genommen – den so genannten autoritären Charakter. Es geht dabei um die Frage, welche Einstellungsmuster dazu führen, sich Autoritäten zu unterwerfen, Andersdenkende oder Ausländer_innen abzulehnen etc. Sie konzentrierten ihre Analysen in neun Dimensionen.⁷

In den 1960er Jahren richtete sich die Forschung auch auf die aktuellen politischen Entwicklungen, nämlich die wieder erstarkten rechtsextremen Organisationen, insbesondere die 1964 gegründete NPD. In den 1970ern trat der Gegenstand eher in den Hintergrund. Die Aufmerksamkeit galt der Roten Armee Fraktion, deren Aktivitäten und Umfeld. In den 1980ern wurde das Thema wieder stärker aufgegriffen. Zentral ist in diesem Jahrzehnt die Studie des Sinus-Institutes (Sozialwissenschaftliches Institut Nowak und Sörgel). Es veröffentlichte 1982 unter dem Titel „5 Millionen Deutsche: ‚Wir sollten wieder einen Führer haben ...‘“ ein Gutachten über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Den Auftrag dazu erteilte das Bundeskanzleramt (unter Helmut Schmidt). Untersuchungsgegenstand war die Verbreitung rechtsextremen Denkens in der Wahlbevölkerung. Die Ergebnisse zeigten, dass das rechtsextreme Weltbild aus folgenden Komponenten besteht:

- reaktionäres Menschenbild, wie der Mann ist das Oberhaupt der Familie, Homosexuelle sollten bestraft werden oder wir sollten wieder einen Führer haben
- Bedrohung: Antiamerikanismus, Ausländerfeindlichkeit u.a.
- Harmoniestreben/Antipluralismus
- Volk, Vaterland und Familie
- „Siegfried-Komplex“ (ich bin stolz darauf, Deutscher zu sein) (Sinus-Institut 1982: 65-67)

13% der Wahlbevölkerung, so die Ergebnisse der Befragung von fast 7.000 wahlberechtigten Personen, hatten zum damaligen Zeitpunkt ein rechtsextremes Einstellungspotential (ebd. S. 78), rund 6% der Wahlbevölkerung billigten Gewalttaten (S. 83). Die Forschergruppe stellte fest: „Nur rund 5% der 18- bis 21jährigen kön-

nen zum rechtsextremen Protestpotential gezählt werden, aber im Schnitt 20% bei den über 50jährigen.“ (S. 84). Dies war insofern überraschend, da die Älteren die Personen waren, die den Nationalsozialismus bewusst miterlebt hatten. „Von den Berufsgruppen neigen kleinere Selbständige, Landwirte und angelernte Arbeiter am stärksten zu rechtsextremer Gewaltakzeptanz (S. 84). Regional dominierten Bayern [22%, S. 88] und Hessen (S. 84). Frauen und Männer waren ihren Ergebnissen nach gleichermaßen anfällig für rechtsextreme Ideologie (S. 87).

„Das von Adorno (...) beschriebene Autoritarismus-Syndrom als ‚psychische Innenausstattung‘ politisch rechtsextremer Einstellung fand sich fast durchgängig in den (...) durchgeführten Einzelfallstudien“ (S. 99). „Die Befunde (...) deuten nun darauf hin, daß weder individualpsychologische noch sozialstrukturelle Ursachenmuster für sich allein die Ausformung rechtsextremer Einstellungen bedingen, sondern ein – individuell jeweils verschiedenes – Zusammenwirken dieser Faktoren.“ (S. 102)

In der Studie tauchen bereits Themen auf, die uns auch heute noch beschäftigen:

- Rechtsextremismus der so genannten Mitte
- Unterscheidung von Einstellung und Verhalten
- Unterscheidung von individuellen Dispositionen und der Sozialstruktur

Zu diesem Zeitpunkt wurde bereits festgestellt, dass Frauen und Männer gleich anfällig sind.

In den 1990ern veränderte sich die Perspektive in der Forschung, auch hier wieder vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen. Deutschland war wiedervereintigt und die Bipolarität (Westen-Osten) weggefallen. Jetzt traten bestimmte Phänomene in den Mittelpunkt, die vor allem mit Übergriffen auf Ausländer_innen zu tun hatten (Hintergrund waren Hoyerswerda, Solingen und Mölln) oder Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Immer mehr traten die „Facetten rechtsextremer Orientierungen“ wie „autoritäre, ausländerfeindliche, antisemitische, nationalistische, und antidemokratische Denkhaltungen (Falter et al. 1996: 11) ins Zentrum des Interesses, aber auch „bestimmte Themenkomplexe“ wie „Jugend, Gewalt, Migration und Ethnisierung“ (Falter et al. 1996: 11).

Seit 2000 liegt die Konzentration auf bestimmten Aspekten, wie Antisemitismus, Rassismus und gruppenverachtende Menschenfeindlichkeit. Heitmeyer et al. untersuchen in der Reihe „Deutsche Zustände“, wie sich diese von ihnen identifizierte gruppenverachtende Menschenfeindlichkeit äußert und benennt folgende Dimensionen: Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte, Islamophobie, Abwertung von Obdachlosen, Homophobie, Abwertung von Behinderten, Sexismus, Antisemitismus, Rassismus (Heitmeyer et al. 2007: 18).

Neben den Differenzierungen der Facetten des Rechtsextremismus und der Untersuchung neuer Phänomene (wie z. B. Islamfeindlichkeit⁸), werden verstärkt auch Einzelthemen wie rechtsextreme Musik, Jugendkultur, Frauen in der rechtsextremen Szene, Organisationen, Internet und weitere Ausdrucksmöglichkeiten bearbeitet.

⁶ „... Erklärungsansatz der Kritischen Theorie beinhaltet den ausdrücklichen Verzicht darauf, den NS-Antisemitismus aus einer deutschen Besonderheit heraus zu erklären. Als Ursachen galten Horkheimer und Adorno die allgemeine Entwicklung der Moderne, deren Repressivität und ideologische Manipulation, wie sie zuvor in den ‚Studien über Autorität und Familie‘ (1936) dargelegt hatten.“ (Inowlocki 2003: 5).

⁷ Davon sind die ersten drei als besonders wichtig einzustufen: Konventionalismus (starre Bindung an die konventionellen Werte des Mittelstands), autoritäre Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression, Anti-Intrazepktion (Abwehr des Subjektiven, Phantasievollen), Aberglaube und Stereotypie, Machtdenken und Kraftmeierei, Destruktivität und Zynismus, Projektivität (Disposition, an gefährliche Dinge zu glauben), Sexualität (übertriebene Beschäftigung mit sexuellen Vorgängen). (Zitiert nach Stöss 2007: 50).

⁸ Wir lehnen den Begriff „Islamophobie“ ab, weil eine Phobie eine Krankheit ist und Feindlichkeit gegenüber Menschen muslimischen Glaubens oder dem Islam insgesamt für uns dieser Kategorie nicht zuzuordnen ist.

Dafür etablierten sich verschiedene Netzwerke von Spezialist_innen. Einen Großteil der Recherche übernehmen engagierte Journalist_innen. Sie haben die Möglichkeit schnell vor Ort zu sein und aufzudecken. Trotz ihres unterschiedlichen Arbeitsstils unterstützen sich oftmals Forschung und Journalismus in diesem Bereich.

„Die Forschung wird beispielsweise immer wieder danach gefragt, ob Männer häufiger als Frauen zum Rechtsextremismus neigen, welche sozialen Gruppen besonders anfällig für rechtsextremistische Angebote sind, oder ob es in Ostdeutschland mehr Rechtsextremismus gibt als in Westdeutschland. Wie aber lässt sich Rechtsextremismus messen?“ (Stöss 2010: 56)

Eine Forscher_innengruppe hat in den letzten Jahren den Versuch gestartet, sich auf eine Arbeitsdefinition zum Rechtsextremismus (siehe Kapitel Definition Rechtsextremismus) zu verständigen, aus dieser sechs Dimensionen erarbeitet und dafür Statements entwickelt, die für Befragungen genutzt werden. Die Interviewten konnten den Antwortvorgaben in Abstufungen zustimmen oder diese ablehnen. Dieser Fragebogen wurde mit leichten Unterschieden von Forscher_innen in Leipzig und Berlin verwendet (vgl. Stöss 2011: 56-61) und ermöglicht nun sowohl regionale als auch temporäre Vergleiche.

Als aktuelle Forschungsarbeiten möchten wir eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Untersuchungsreihe herausgreifen: „Vom Rand zur Mitte“, „Ein Blick in die Mitte“, „Bewegung in der Mitte“ und „Die Mitte in der Krise“. Elmar Brähler, Oliver Decker et al. beschäftigen sich darin mit der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen.

„Rechtsextreme Aussagen finden nach wie vor bei vielen Bundesdeutschen Zustimmung. Dabei ist weiterhin in erster Linie Ausländerfeindlichkeit und in zweiter Linie Chauvinismus für viele Menschen zustimmungsfähig. Der Antisemitismus ist im Durchschnitt bei etwa jedem zehnten Befragten soweit ausgebildet, dass er allen drei antisemitischen Aussagen zustimmen kann. Dabei können wir sowohl einen Bildungseffekt feststellen (bei höherem Bildungsgrad sinkt die Zustimmung zu den rechtsextremen Aussagen) als auch einen Einfluss des Erwerbstatus. Sowohl Arbeitslose als auch Ruheständler sind stärker rechtsextrem eingestellt als die anderen Gruppen. Mit 40,8% sind Arbeitslose beispielsweise am häufigsten Befürworter ausländerfeindlicher Aussagen. Darin kann man einerseits einen Beleg für die Bedeutung von wirtschaftlichen Deprivationserfahrungen für die Herausbildung rechtsextremer Einstellungen – insbesondere der Ausländerfeindlichkeit – erkennen. Andererseits zeigt sich ein Alterseffekt zunehmender rechtsextremer Einstellungen bei Befragten. Ausführlich haben wir auf diese Einflussfaktoren in der Vorgängeruntersuchung „Vom Rand zur Mitte“ hingewiesen (Decker et al. 2006, S. 85ff.).“ (Decker et al. 2008: 55)

Für die Perspektive des Sozialraums möchten wir noch auf zwei weitere Studien hinweisen:

„Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum“, eine Studie der GRÜNEN Bundestagsfraktion von 2007. Die Autoren stellen die Verbreitung „nationalsozialistischer Ideologie“ in der „Mitte der Gesellschaft“ fest (B'90/Die Grünen Bundestagsfraktion 2007: 128). Diese Ideologieelemente werden zwar direkt abgelehnt, fanden aber Einzug in die

alltäglichen Überzeugungen (vgl. ebd. S. 129). Rechtsextremismus ist demnach kein Randphänomen und kein Jugendproblem. Das Bildungswerk Anna Seghers veröffentlichte 2009 eine Befragung, „Tendenzen demokratiefeindlichen Denkens in der Wiesbadener Siedlung Gräselberg“. Neu ist, dass dort auch migrantische Bewohner_innen befragt wurden. Die Forschungsgruppe zeichnet den Zusammenhang von tatsächlicher und subjektiv empfundener Wohnsituation im Stadtteil nach und differenziert bei ihren Fragen zu politischen und sozialen Einstellungen nach Alter, Bildungs- und Migrationshintergrund. Sie stellt dabei z. B. bei deutschen Mittelschichtlern eine höhere Islamfeindlichkeit fest und bei migrantischen männlichen Jugendlichen mehr Homosexuellenfeindlichkeit und Sexismus. „Insgesamt spiegeln sich erwartete Tendenzen aus bundesweiten Studien im Gräselberg wieder. In der Gesamtschau der Daten ist festzustellen: Je geringer die schulische Bildung und je älter die Befragten, desto eher sind demokratiefeindliche Tendenzen anzutreffen. Im Gesamtkonstrukt Demokratiefeindlichkeit sind keine relevanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern oder zwischen deutschen Bewohner_innen und Bewohner_innen mit Migrationshintergrund zu erkennen.“ (Bildungswerk Anna Seghers 2009: 111)

Dieser Streifzug durch ausgewählte Studien zeigt deutlich, dass Rechtsextremismus kein Randphänomen ist, sondern quer durch alle gesellschaftlichen Milieus unabhängig vom Alter (auch wenn es bei älteren Menschen prozentual höhere Anteile gibt) und Geschlecht geht. Es gibt sowohl Ansatzpunkte bei der individuellen Persönlichkeit als auch bei gesellschaftlichen Verhältnissen.

Ein relativ junges Forschungsgebiet ist der Vergleich von rechtsextremen Entwicklungen in verschiedenen europäischen Ländern. In diesem Feld haben das Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) und die Bertelsmann Stiftung ein Projekt durchgeführt und aktuell hat die Friedrich-Ebert-Stiftung hierzu ein Buch herausgegeben. Hier werden sowohl aktuelle politische Entwicklungen, als auch historische Besonderheiten und besondere Ausbildungen der jeweiligen Länder reflektiert.

Literaturangaben:

Adorno, Theodor W. (1995): *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt/Main.

Bildungswerk Anna Seghers (2009): *Tendenzen demokratiefeindlichen Denkens in der Wiesbadener Siedlung Gräselberg*. Wiesbaden.

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion (2007): *Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum*. Berlin. www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/192/192362.reader_grenzen_lokaler_demokratie_zivilr.pdf

Decker, Oliver; Brähler, Elmar; Geißler, Norman (2006): *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin. <http://library.fes.de/pdf-files/do/04088a.pdf>.

Decker, Oliver; Rothe, Katharin; Weissmann, Marliese; Geißler, Norman; Brähler, Elmar (2008): *„Ein Blick in die Mitte“. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen*. Berlin. library.fes.de/pdf-files/do/05433.pdf.

Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2008): „Bewegung in der Mitte“. *Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008*. Berlin. library.fes.de/pdf-files/do/05864.pdf.

Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2010): „Die Mitte in der Krise“. *Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Berlin. library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf.

Falter, Jürgen W.; Jaschke, Hans-Gerd (1996): *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*. Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift 27.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2003-2011): *Deutsche Zustände*. Bände 1-10. Frankfurt/Main.

Inowlocki, Lena (2003): *Kritische Theoriebildung zu Antisemitismus, Rassismus und Reaktionen auf Einwanderung*. In: A. Demirovic (Hg.): *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie VI*. www.fehe.org/index.php?id=337, 16.02.2010.

Langenbacher, Nora; Schellenberg; Britta (Hg.) (2011): *Europa auf dem "rechten" Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa*. Berlin.

Sinus-Institut (Sozialwissenschaftlichen Institut Nowak und Sörge) (1982): *5 Millionen Deutsche: ‚Wir sollten wieder einen Führer haben ...‘*. Reinbek bei Hamburg.

Stöss, Richart (2007): *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Hövermann, Andreas (2011): *Die Abwertung der anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. www.fes-gegen-rechtsextremismus.de

1.3 Was hat Zivilgesellschaft mit Rechtsextremismus zu tun?

Martina Ortner

Zivilgesellschaftliche Aktivitäten sind zunächst im Bereich Nachbarschaftshilfe, Demonstrationen gegen Atomkraftwerke, Autobahnneubauten etc. bekannt. Dass es auch in extrem rechten Kreisen zivilgesellschaftliches Engagement gibt, tritt erst langsam immer mehr ins Bewusstsein. Im Folgenden soll beschrieben werden, was der Begriff Zivilgesellschaft bedeutet, welche Merkmale damit verbunden sind und überprüft werden, ob dies auf extrem rechte Gruppen zutrifft.

1. Begriff

Der Begriff „Zivilgesellschaft“ ordnet die öffentlichen Aktivitäten nicht-staatlicher Gruppen ein. „Zivilgesellschaft“ wird als ein eigenständiger Bereich gesehen, der „Staat“ und „Privatsphäre“ gegenübersteht (Inthorn/Reder 2005: IX). Sie unterscheidet sich von der „Privatsphäre“, weil nicht familiäre Bindungen Ausgangspunkt der Handlungen sind, sondern „(...) Menschen um der Sache und um der Arbeit für diese Sache willen zusammen kommen (Briesskorn

2005: 15). Demzufolge ist „Zivilgesellschaft (...) der Ort an dem Menschen (...) die Solidarität ausleben können. Sie müssen sich selbst organisieren, für sich sorgen und Verantwortung übernehmen können und dürfen (...)“ (Briesskorn 2005: 16). Diese Definition zeigt, dass „Zivilgesellschaft“ zunächst nicht zwischen guten oder schlechten Gruppen unterscheidet, der Begriff ist neutral. Es geht nun also darum, hinzusehen, welche Form der Solidarität favorisiert wird, wie sich die Gruppen selbst organisieren und wie die Art und Weise der sozialen Bindungen der Mitglieder sind.

Der der „Zivilgesellschaft“ gegenüber stehende „Staat“, dem Politik, Polizei und Gerichte sowie die öffentliche Verwaltung zuzuordnen sind, hat die Aufgabe verbindliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit alle am Gemeinwohl teilhaben können und eben auch zivilgesellschaftliches Engagement möglich ist. Zur Funktion des Staates gehört es auch Grenzen zu setzen. Dem „Staat“ und der „Zivilgesellschaft“ steht der „Markt“ gegenüber. Die drei Bereiche können als ein Dreieck dargestellt werden.

Zivilgesellschaft selbst zeigt sich dabei als ein „pluralistisches Sammelbecken höchst unterschiedlicher Akteure“ (Lauth 2003: 224), denn sie umfasst die verschiedensten Aktivitäten. Es sind Vereine, Initiativen, Kleingartenkolonien, Sportvereine, Aktionsbündnisse, wie z. B. der Sozialpolitische Diskurs oder „München sozial“ etc. also alles Aktivitäten, die sich im öffentlichen Raum bewegen. Es sind aber auch rechte Kameradschaften oder extrem rechte Gruppen, die Stadtteilstefte oder ähnliches organisieren, womit wir wieder beim konkreten Thema sind.

2. Merkmale

Vier allgemeine Merkmale von Zivilgesellschaft werden nun unter der Rücksicht extrem Rechter Aktivitäten betrachtet.

1. Zivilgesellschaft ist staatsunabhängig (Lauth 2003: 224), also nicht „Verlängerung des Staates“, sein „Büttel oder Erfüllungshilfe“ (Briesskorn 2005: 15)⁹

Extrem Rechte verstehen sich vielfach als soziale Bewegung, die etwas ins Bewusstsein bringt, etwas in die Hand nimmt. Sie sehen sich auch als „staatskritisch“. Sie empfinden sich als Hüter_innen der „(Volks-)Gemeinschaft“, bzw. halten es für ihre Aufgabe, diese zu sein. Oftmals verstehen sie sich als „einzig verbliebene tatsächliche Opposition“ im Staat. In den Gruppen ist Gemeinschaft direkt erfahrbar. Weitere Angebote verdichten eine Erlebniswelt Rechtsextremismus. Vom Buchhandel über Versandhäuser bis hin zu Ferienwohnungen und Partnervermittlung, es ist möglich, sich komplett „in dieser Welt“ zu bewegen. Darüber wird ein Wir-Gefühl, Heimat und Geborgenheit vermittelt. Die Mitglieder der bereits angesprochenen Kameradschaften gehören in der Regel keiner Partei an, auch wenn sie Affinitäten zu bestimmten Parteien haben. Kameradschaften sind keine eingetragenen Vereine oder andere juristische Personen. Die Strukturen sind also auf persönliche Beziehungen aufgebaut und werden von diesen getragen. Auch die Vernetzung läuft über die Beziehungsebene, man bleibt gerne unter sich.

2. Zivilgesellschaft teilt sich den öffentlichen Raum mit dem Staat (Briesskorn 2005: 14). Sie ist öffentlich (Lauth 2003: 225) Extrem Rechte agieren auf dreifache Weise in diesem Bereich.

⁹ Die vier Merkmale sind übernommen von Ortner 2008.

(1) Sie nutzen den öffentlichen Raum und treten auch ganz bewusst dort auf. Ihr Ziel ist dabei, dass ihre Anwesenheit zunehmend als selbstverständlich angesehen wird, wie z. B. die Durchführung von Infoständen oder die Teilnahme an Runden Tischen o.ä. Dieses Vorgehen wird als so genannte Normalisierungsstrategie bezeichnet. Bei einigen (sozialen) Themen bieten sie (Schein-) Lösungen an. Ziel ist es über Kampagnen wie z. B. „Todesstrafe für Kinderschänder“ ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten. Bei einem Teil der Bevölkerung stoßen sie damit auf Akzeptanz.¹⁰ Angesichts der Emotionalität der von ihnen ausgewählten Themen, gibt es bei einigen Bürger_innen Anknüpfungspunkte. Kommt dies häufiger vor, wird es immer „normaler“ menschenverachtende Einstellungen zu äußern und demokratische Handlungsspielräume zur Diskussion zu stellen.

(2) Zugleich fordern extrem Rechte öffentlichen Raum. Sie suchen öffentliche Veranstaltungen z. B. des politischen Gegners auf und melden sich häufig zu Wort. Sie sind geschult in ihrer Argumentation. Jedes Eingehen auf ihre Beiträge sehen sie als Erfolg. Dieses Verhalten ist bekannt als Wortergreifungsstrategie.¹¹ Dabei achten die Aktiven darauf, dass sie bei der Veranstaltung entsprechend seriös auftreten. Wird ihnen von den Veranstalter_innen das Rederecht entzogen oder werden sie des Saales verwiesen, ist das für sie ein Beleg dafür, wie undemokratisch mit ihnen umgegangen wird. Wird mit ihnen diskutiert, sehen sie die gesellschaftliche Isolation durchbrochen und nutzen diese Möglichkeit, ihre Ideologie einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Ihren Standpunkt präsentieren sie als ganz normal zum Meinungsspektrum dazugehörig. Insgesamt versuchen sie die Veranstaltung zur Selbstinszenierung zu nutzen. Aktuelle Themen werden so durch ihre Redebeiträge mit rechtsextremen Inhalten besetzt.¹²

(3) Extrem Rechte gestalten öffentlichen Raum. Gängige Reaktionen bei einem Infostand von extrem Rechten ist z. B. öfter, es sei am besten man ignoriere das. Extrem Rechte werden als nicht sichtbar- und wahrnehmbar im Stadtteil dargestellt oder behandelt. Gerade das Wegsehen schafft aber den extrem Rechten Raum. Deren Aktivitäten werden zudem gerne vom alltäglichen Zusammenleben entkoppelt. Das folgt dann der Logik, weil man diese Person seit Jahren kennt und schätzt, kann ihr Engagement bei den extrem Rechten nur etwas Vorübergehendes sein, was keine Auswirkungen auf andere Lebensbereiche hat, z. B. der Übungsleiter im Sportverein oder die Aktive in der freiwilligen Feuerwehr. Dieses Vorgehen kann als Unterwanderungsstrategie bezeichnet werden, auch wenn das oftmals nicht geplant abläuft.¹³

3. „Zivilgesellschaft übt politische Macht aus“, denn „die Sphäre der Politik ist weiter als die des staatlichen Politikbetriebs“ (Briesskorn 2005: 15).

Auch extrem Rechte gründen Bürgerinitiativen, bzw. nutzen diese Namen, um ihren Aktivitäten den Schein anzuhaften, sie seien mitten aus der Bevölkerung heraus entstanden (Beispiel die Wahlplattform „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“). Sie versuchen öffentlichkeitswirksame Themen zu besetzen, immer mit der Aussage: Wir können die Probleme lösen! Ihr Ziel ist es dabei Anschlussfähigkeit genau an die „Mitte der Gesellschaft“ zu erreichen.

In diesen Bereich gehören durchaus auch die so genannten Angstzonen. Das sind Gebiete in Kommunen, die von extrem Rechten so dominiert werden, dass sich Andersdenkende mit und ohne Migrationshintergrund dort nicht mehr gerne aufhalten oder gar gefährdet sind. Im Osten Deutschlands sprechen die extrem Rechten von „national befreiten Zonen“. Aber auch in westdeutschen Großstädten gibt es Angstzonen.¹⁴

4. Das zivilgesellschaftliche Handeln ist auf das Gemeinwohl ausgerichtet und auf die Veränderung der Lebenssituation der Gruppe, die sich selbst organisiert. Es ist damit „gemeinschaftsbezogen“ (Lauth 2003: 225)

Bei extrem Rechten ist das Gemeinwohlverständnis nicht pluralistisch und nicht demokratisch ausgerichtet. Es geht um die „Volks-gemeinschaft“, also die ethnisch homogene Gemeinschaft. Diese steht für sie über dem Individuum. Damit treten sie nicht nur in Konflikt mit dem Grundgesetz, sondern auch mit den Menschenrechten. Nicht-Deutschen gegenüber gibt es im besten Fall die Vorstellung eines Ethno-Pluralismus.¹⁵ Viele extrem Rechte zeigen ihre Haltung durch diverse Symbole im öffentlichen Raum, andere bedienen sich Bildern von Untergangsszenarien etwa der existenziellen Bedrohung der Deutschen durch Ausländer_innen.

3. Fazit

Die Ausführungen vermitteln einen Eindruck darüber, wie extrem Rechte die Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Engagements nutzen, um Ihre Ideologie zu zeigen und weitere Personen dafür zu interessieren. Durch ihre vielfältigen Aktivitäten, von der Beteiligung an Aktionen gegen die dritte Startbahn am Münchner Flughafen, über Proteste gegen den Bau einer geplanten Moschee in Sendling bis hin zu Aktivitäten einzelner in nicht extrem rechten zivilgesellschaftlichen Organisationen, soll die Akzeptanz dieser extrem rechten Gruppen und deren Gesinnung gefördert werden. Dabei greifen sie auf ein Handlungsrepertoire zurück und auf ein Staatsmodell, das sie selber insgesamt kritisieren bzw. ablehnen, denn sie fordern Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Pluralismus und einen demokratischen Staat und nutzen diese Bedingungen für ihre Aktivitäten.

¹⁰ www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/sexueller-missbrauch-1, 22.08.2011.

¹¹ Mehr Informationen gibt es in der Broschüre „Vorsicht vor rechten Rattenfängern!“ vom DBG Bildungswerk Hessen. www.dgb-bildungswerk-hessen.de/cms/front_content.php?idart=40, 22.08.2011.

¹² Mehr dazu z. B. unter Rechtsextremismus Glossar der Bundeszentrale für politische Bildung „Wortergreifungsstrategie“ www.bpb.de/themen/CNCDW9,85,0,Glossar.html, 22.08.2011.

¹³ Mehr dazu in der Broschüre der „Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie“ (RAA) in Mecklenburg-Vorpommern: „Im Verein gegen Vereinnahmung“. Darin wird das Vereinsrecht abgeklopft, welche Möglichkeiten beispielsweise ein Sportverein (z.B. ein Fußballclub) hat, extrem rechte Mitglieder ins Abseits zu stellen. www.demokratie-mv.de/literatur/10/view.html, 22.08.2011.

¹⁴ Mehr dazu z. B. bei Döring, Uta (2008): Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive. Wiesbaden.

¹⁵ Ethno-Pluralismus: „Der Begriff „Ethnopluralismus“ ist ein politischer Kampfbegriff der „Neuen Rechten“, um Ausgrenzung durch eine völkische Form von Rassismus zu legitimieren. Diese neurechte Ideologie begründet die von Rechtsextremen propagierte Ungleichwertigkeit von Menschen nicht durch Rassetheorien, sondern unterscheidet sie durch kulturelle Identitäten. Ein jeder habe nur in den „angestammten Territorien der Völker“ bzw. „Ethnien“ seinen festen Platz. Beim Versuch, sich von rechtsextremistischen Auswüchsen nationalsozialistischer Prägung zu distanzieren, greifen Vertreter der „Neuen Rechten“ gerne auf dieses Argumentationsschema zurück. Geprägt hat den Begriff der Kulturosoziologie Henning Eichberg, der seit 1982 in Dänemark lebt und lehrt.“ (www.bpb.de/themen/CNCDW9,29,0,Glossar.html#art29, 08.07.2011).

Literaturangaben:

Brieskorn, Norbert (2005): *Zivilgesellschaft – Chancen und Grenzen eines sozialwissenschaftlich-philosophischen Konzepts*. In: J. Inthorn u. a. (Hg.): *Zivilgesellschaft auf dem Prüfstand. Argumente – Modelle – Anwendungsfelder*. Stuttgart. S. 2-19.

Döring, Uta (2008): *Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive*. Wiesbaden.

Inthorn, Julia; Reder, Michael (2005): *Zivilgesellschaft auf dem Prüfstand – eine Einleitung*. In: J. Inthorn u. a. (Hg.): *Zivilgesellschaft auf dem Prüfstand*. Stuttgart. S. IX-XVII.

Lauth, Hans-Joachim (2003): *Ambivalenzen der Zivilgesellschaft in Hinsicht auf Demokratie und soziale Inklusion*. In: *Nord-Süd aktuell* 17 (2003) 2, S. 223-232.

Ortner, Martina Susanne (2008): *Ausländische MitbürgerInnen (in München) zwischen Selbstorganisation und Fremunterstützung. Sozialwissenschaftliche und sozioethische Überlegungen zur zivilgesellschaftlichen Solidarität über nationalstaatliche Grenzen hinweg*. München.

2.1 Rechte Gruppen in München und der Region (Stand: Frühjahr 2012)

Robert Andreasch

Strukturen der rechten Szene unterliegen einer hohen Dynamik. Neu- und Wiedergründungen, Abspaltungen, Zusammenarbeit und Streit sind genauso häufig wie eine oft schwankende Zu- und Abnahme der Aktivitäten einzelner Organisationen. In dieser Aufstellung wird ein Teil der in München existierenden Gruppen aus den verschiedenen rechten Spektren vorgestellt: neonazistische und extrem rechte Parteien, neonazistische "Kameradschaften", rechtspopulistische Gruppierungen sowie das Feld der so genannten "Neuen Rechten".

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

NPD-Kreisverband München, NPD-Bezirksverband Oberbayern
In München und den Städten des Landkreises trat die NPD zuletzt nur noch vereinzelt mit Infoständen und Flugblattverteilungen in Erscheinung. In der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ wird jedoch regelmäßig ein monatliches NPD-Treffen in München beworben und über Personalien des Kreisverbands berichtet. Die Münchner NPD-Gliederung wird vom stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Karl Richter geleitet, die oberbayerische Struktur von Dirk Reifenstein..

Bürgerinitiative Ausländerstopp München (BIA)

Unter diesem Namen ist die NPD in den letzten Kommunalwahlkampf gezogen; der damalige Spitzenkandidat Karl Richter sitzt seither für die BIA im Stadtrat. Richters Arbeit im Rathaus besteht vor allem aus einer Vielzahl von Anfragen, die zumeist seine rassistische Motivation offenbaren. Manche der Anträge und Briefe haben zudem Attacken gegen linke Einzelpersonen und Strukturen in München zum Inhalt. Richters Texte sind Hauptbestandteil

der BIA-Präsenz im Internet. Vereinzelt werden Infostände in den Stadtteilen durchgeführt, seltener Broschüren und Flugblätter verteilt. Mit einem Flugblatt, Briefen und einer rassistischen Aufkleberkampagne versucht die BIA, gezielt an Jugendliche heranzutreten.

Die Republikaner (REP)

Von der rechten Partei „Die Republikaner“ ist in ihrer einstigen Hochburg München kaum mehr etwas übrig. Lediglich der REP-Bezirksverband Oberbayern tritt mit Plakatierungen gegen EU und Muslime sowie mit einigen Veranstaltungen pro Jahr in der Region in Erscheinung.

Pro Bayern/Pro Deutschland

In den letzten Kommunalwahlkampf waren Neonazis und extrem rechte Aktivist_innen ursprünglich mit dem Sammelbecken „Pro München“ gezogen. Nach Streitereien und der Abspaltung der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA, s. dort) versuchten u. a. Rüdiger Schrembs und Stefan Werner, in Anlehnung an die rechtspopulistischen Projekte „Pro Köln“ und „Pro NRW“ eine Gruppierung unter dem Namen „Pro München“ aufzubauen. Nach dem Scheitern bei der Kommunalwahl ist dieser Organisationsansatz eingeschlafen. Seither versuchen Schrembs und Werner, mit der Splittergruppe „Pro Bayern“ bzw. einem Münchner Kreisverband von „Pro Deutschland“ per Homepage und Flugblättern vor allem zu rassistisch-antimuslimischen Themen zu wirken.

Kameradschaft München

Die neonazistische Kameradschaft München ist aktuell die lokal bedeutendste Gruppierung im neonazistischen Lager. Mit regelmäßigen internen Veranstaltungen und Schulungen sowie mit Busfahrten zu neonazistischen Aufmärschen und Events im Bundesgebiet versucht sie derzeit vor allem jenseits öffentlicher Aktionen, Strukturaufbau zu betreiben. Die KS München wird von bekannten, langjährigen Aktivisten wie Norman Bordin und Karlheinz Statzberger angeführt. Die Gruppe bekennt sich zur Mitgliedschaft im straffen, bayernweiten Neonazinetzwerk „Freies Netz Süd“. Ihre Hauptzielgruppe stellen Jugendliche und junge Erwachsene dar.

Freies Netz Süd (FNS)

Das "Freie Netz Süd" ist ein bayernweit aktiver Dachverband neonazistischer Kameradschaften, der in ganz Süddeutschland Aktionen durchführt und im oberfränkischen Oberpreß eine eigene Immobilie nutzt. Mit einer gemeinsamen Internetpräsenz wirbt das FNS für neonazistische Inhalte und Aktivitäten und diffamiert Demokrat_innen und Antifaschist_innen. Die Personen und Strukturen des FNS weisen deutliche Parallelen auf zur im Januar 2004 verbotenen neonazistischen Dachorganisation „Fränkische Aktionsfront“ (FAF). Nachdem die Gründung der selbsternannten „Nationalen Sozialisten“ des FNS vor allem in Abgrenzung zur bayerischen NPD stattfand, ist heute die Zusammenarbeit mit den NPD-Gliederungen ambivalent. Das FNS veröffentlicht regelmäßig z. B. Artikel der Münchner NPD-Liste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA).

Kameradschaft München-Nord

Nach der Inhaftierung ihres Führungskaders Philipp Hasselbach löste sich die einst lokal dominierende Gruppe „Freie Nationalisten München“ (FNM) auf. Die verbliebenen Aktivist_innen um Franz Sedlbauer bilden seither die Kameradschaft München-Nord, welche mit der Kameradschaft München eng verbunden ist und ebenfalls dem „Freien Netz Süd“ zugerechnet werden muss. Inhaltlich wird gegen Antifaschist_innen agitiert und für einen „Nationalen Sozialismus“ eingetreten. Die Gruppe und das moderne Erscheinungsbild der Internetpräsenz richten sich vor allem an Jugendliche.

Kameradschaft München-Süd-Ost (KMSO)

Seit 2007 besteht diese aus jungen Erwachsenen bestehende Gruppe. Das auffällige Logo der KMSO wird von den Beteiligten als T-Shirt-Motiv, Aufnäher und gar als Tätowierung getragen, was auf eine hohe Identifizierung der Mitglieder mit ihrer Gruppe schließen lässt. In Kooperation mit den anderen Münchner Kameradschaften reist die KMSO zu Aufmärschen und neonazistischen Events im gesamten Bundesgebiet, lokal kommen nichtöffentliche Aktivitäten dazu, z. B. trafen sich Mitglieder der KMSO zu einem den Holocaust verherrlichenden „Fotoshooting“ in der KZ-Gedenkstätte Dachau.

Jagdstaffel D.S.T

Die gut ein halbes Dutzend männlichen Mitglieder der „Jagdstaffel D.S.T“ („Deutsch – Stolz – Treu“, früher: „Jagdstaffel Süd“) kommen u. a. aus München, Bad Tölz und Geretsried. In Anlehnung an Motorrad-Rockerclubs tragen sie eine Lederweste mit aufwändig gesticktem Gruppenlogo und den jeweiligen „Nicknames“ der Aktivisten. Bei zahlreichen Aufmärschen im Bundesgebiet ist die „Jagdstaffel D.S.T.“ dabei, oft in Kooperation mit den anderen neonazistischen Kameradschaften Münchens. Die Gruppe hat eine hohe Affinität zu Waffen, was nicht nur im Logo der Gruppe deutlich wird, welches eine Flugabwehrkanone der NS-Wehrmacht beinhaltet. In der Vergangenheit fuhr die Gruppe, deren Führungskader Dominik Baumann dem Rechtsterroristen Martin Wiese einst ein Kalaschnikow-Sturmgewehr überließ, zu wehrsportähnlichen Paintballspielen in die tschechische Republik. Politischen Gegner_innen drohten die „Jagdstaffel“-Aktivisten lange Zeit mittels einem auf der eigenen Internetpräsenz veröffentlichten Bild: verummumt und mit Macheten, Axtstielen und Teleskopschlagstöcken bewaffnet.

Kraken München

Die seit vielen Jahren bestehende Gruppierung trifft sich zu einem regelmäßigen Stammtisch. Wurde früher eine subkulturelle Identität als „unpolitische Skinheads“ betont, wird heute eine politisch neonazistische Ausrichtung der Gruppe nicht mehr verborgen. Mitglieder und „Supporter“ der „Kraken München“, deren Gruppenlogo in Anlehnung an den bekannten „Lonsdale“-Schriftzug gestaltet ist, sind bei vielen neonazistischen Aufmärschen, Rechtsrockkonzerten etc. anzutreffen. Eine Zusammenarbeit, zum Teil auch eine personelle Identität besteht mit männlichen Aktivisten der anderen Münchner Neonazi-Kameradschaften. Die „Kraken München“ organisieren regelmäßig gemeinsame Aktivitäten mit der „Jagdstaffel D.S.T.“

Aktionsbund Freising

Ein knappes Dutzend Neonazis aus dem nördlichen Landkreis versammeln sich seit kurzer Zeit im „Aktionsbund Freising“ (auch: „Autonome Nationalisten Freising“) um Dominic Hering. Die ebenfalls im „Freien Netz Süd“ organisierte Gruppe nimmt regelmäßig geschlossen und mit eigenem „Volkstod“-Transparent an Neonaziaufmärschen im Bundesgebiet teil, dazu kommen lokale Kleinstaktionen in Freising sowie der Betrieb einer eigenen Webseite. Hauptthema der Gruppe ist es, gegen antifaschistische Jugendliche und Punks zu hetzen. Die Kameradschaft arbeitet mit dem lokalen NPD-Kreisverband Freising und dem NPD-Bezirksverband Oberbayern eng zusammen.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) / Freundeskreis der HNG München

Mit der HNG (Sitz: Mainz-Gonsenheim) wurde jahrzehntelang versucht, Neonazis, die in U-Haft, Strafhaft oder dem Maßregelvollzug sitzen, weiter für die „Bewegung“ zu motivieren. Dazu schrieben neonazistische Aktivist_innen regelmäßig Karten und Briefe an die „Kameraden“ in Justizvollzugsanstalten und Klinken, halfen mit Geld- und Sachspenden und publizierten den internen Rundbrief „Nachrichten der HNG“. Bundesweite Razzien bei HNG-Aktivist_innen (auch im Raum München) im Herbst 2010 befeuerten den seit längerem schwelenden Verdacht, dass Polizei, Justiz und Innenministerium eventuell ein Verbot der „Hilfsorganisation“ planen würden. In München hatten neonazistische HNG-Sympathisant_innen deshalb schon einige Zeit vor den Razzien begonnen, einen lokalen, angeblich von der Bundesorganisation unabhängigen, „Freundeskreis der HNG“ aufzubauen. Das Verbot erfolgte nun am 21. September 2011, es gab eine Hausdurchsuchung in Bayern.

Politically Incorrect München (PI)

Autor_innen und Sympathisant_innen des antimuslimisch-rassistischen Weblogs „Politically Incorrect“ (PI-News) aus der Region München bilden eine sogenannte „PI-Gruppe“ mit relativ hohem Aktivitätsgrad und eigener, zusätzlicher Internetpräsenz. Neben der Produktion von Texten und Videofilmen für das Online-Portal werden von diesem Kreis vor allem Veranstaltungen aufgesucht, die sich mit Themen wie dem Islam, interreligiösem Dialog und Integration befassen. In den letzten Jahren haben sich Inhalt und Auftreten von „PI München“ rund um den ehemaligen CSU-Aktivisten Michael Stürzenberger massiv verschärft. In aggressivem Ton werden hier, durchdrungen von rassistischen Ressentiments und verschwörungstheoretischen Verdächtigungen, regelmäßig Muslime, Demokrat_innen, Antifaschist_innen und Journalist_innen diffamiert.

Bürgerbewegung Pax Europa (BPE)

Einst galt bei süddeutschen Rechtspopulist_innen eine gewisse Arbeitsteilung: Das Online-Portal „Politically Incorrect“ war fürs „Grobe“ zuständig, die „Bürgerbewegung Pax Europa“ sollte beispielsweise lokale „Bürgerinitiativen“ gegen Moscheebauten vernetzen und dabei die muslimfeindliche Agitation in etwas „seriöserem“ Ton und mit deutlichen Bezügen auf das Christentum zu präsentieren. Eine solche „Trennung“ zwischen PI und BPE wird heute jedoch personell und inhaltlich nicht mehr deutlich aufrechterhalten. Die BPE hat in der Vergangenheit einige Male mehrere hundert Besucher_innen zu Veranstaltungen in München mobilisieren können. Nach Interventionen von Antifaschist_innen und Behörden ist das Aktivitätsniveau der BPE in München allerdings drastisch gesunken.

Die Freiheit (DF)

Vor allem Aktivist_innen und Sympathisant_innen von PI und BPE haben auch in München bzw. Bayern damit begonnen, unter dem Label „Die Freiheit“ (DF) eine neue rechtspopulistische Kleinstpartei (Bundesvorsitzender: René Stadtkewitz, Berlin) aufzubauen. Zu den bisher nur rudimentär bekanntgewordenen Inhalten der DF zählt vor allem eine rassistische Zuwanderungs- und Integrationspolitik, das populistische Schüren von Ressentiments gegen Muslime und das Attackieren kritischer Antifaschist_innen, Behördenvertreter_innen und Medien. In München deutet vieles darauf hin, dass die DF-Aktivist_innen mit einer Kampagne gegen das geplante Islamzentrum auch kommunalpolitisch aktiv werden wollen.

Burschenschaft Danubia und Burschenschaft Cimbria

Die meisten und bestbesuchtesten Veranstaltungen mit Referenten aus der extremen Rechten werden in München von einigen Mitgliedsbünden der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ (BG) bzw. der „Deutschen Burschenschaft“ (DB) veranstaltet. Mit solchen Veranstaltungen sind zuletzt v. a. die „Burschenschaft Danubia“ und die „Burschenschaft Cimbria“ aufgefallen. An einschlägigen Abenden in der Danubia befinden sich unter den Besucher_innen auch Mitglieder neonazistischer und extrem rechter Gruppen, z. B. aus der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ oder der „Kameradschaft München“.

Neurechte Netzwerke

Ohne eigenständige Struktur, aber doch sehr gut vernetzt, zeigten sich zuletzt Münchner Aktivist_innen der so genannten „Neuen Rechten“. Vor allem Autor_innen und Fans des extrem rechten thinktanks „Institut für Staatspolitik“ (IfS) aus dem sachsen-anhaltinischen Schnellroda und seiner Hauspublikation „Sessession“ sind hier zu nennen oder die Unterstützer_innen der extrem rechten Wochenzeitung Junge Freiheit (Berlin). Enge Verbindungen des IfS bestehen in München zu den Burschenschaften Danubia und Cimbria, zu „Politically Incorrect“, zu Redakteuren der studentischen Zeitschrift der Bundeswehr-Universität („Campus“) und zu einem LMU-Dozenten. Im Frühsommer 2011 trafen sich Aktivist_innen dieses Netzwerks beispielsweise am Grab des Rechtsaußen-Philosophen Oswald Spengler auf dem Münchner Nordfriedhof zu einem gemeinsamen Gedenken.

2.2 Symbole und Codes in rechten Szenen

von Robert Andreasch



Symbole beim neonazistischen „Frankentag“ 2011: Auf den T-Shirts sind einerseits ein N.A.Z.I.-Schriftzug, andererseits das Logo der neonazistischen Black-Metal-Band „Absurd“ (inklusive „Thorshammer“ und „White Power“-Zeichen) zu erkennen. An der Basecap der neonazistischen Band „Burning Hate“ sind Buttons mit dem „88“-Zahlencode und dem Logo der neonazistischen Band „Skrewdriver“ angebracht Foto: Robert Andreasch

Logos und Symbole sind „Abkürzungen“, die eine Botschaft nach außen (außerhalb der „Szene“) oder nach innen (in die „Szene“) hinein vermitteln können. Gesinnungen und Inhalte können dabei wahlweise offen oder subtil transportiert werden. Symboliken und symbolhafte Sprache vermitteln der rechten Szene ein Zusammengehörigkeitsgefühl und dem Träger/der Trägerin Identität. Das Verwenden von Symbolen kann dabei von der eigenen Selbstvergewisserung bei „anpolitisierten“ Jugendlichen bis zur offensiven Provokation durch überzeugte Neonazis reichen. Es gibt Logos, die jemanden ganz offensichtlich als Neonazi entlarven, aber auch solche, bei denen ein Bezug zur extremen Rechten nicht allgemein bekannt ist. Teilweise werden Abbildungen und Stilmittel gewählt, die nicht per se oder nicht eindeutig rechte Bezüge aufweisen. Solche entstehen vielmehr erst durch gewisse Kombinationen, inhaltliche Aufladungen oder durch einen gezielt ausgewählten Verwendungs- und Bedeutungskontext. Teilweise „entwenden“ Neonazis auch Symbole linker und alternativer Gruppen bzw. Jugendkulturen im Rahmen sogenannter politischer „Mimikry“ und versuchen, für diese Zeichen eine neue Bedeutung zu konstruieren und durchzusetzen. Muss ein Symbol von äußeren Beobachter_innen erst aufwändig entschlüsselt und interpretiert werden, kann von einem speziellen Szene-„Code“ gesprochen werden. In rechten Subkulturen hat sich dazu das Verwenden bestimmter Symbole und das Tragen einiger ausgewählter Modemarken manchmal auch schlicht in selbstreferenzieller Weise herausgebildet und unterliegt einem ständigen (modischen) Wandel.

Zwei Hinweise sind für die Beschäftigung mit Symbolen und Codes wichtig. Erstens: Extrem rechte Einstellungen sind kein Jugendproblem oder auf kleine subkulturelle Szenen begrenzt. Im Gegenteil: Rechte Ideologien finden in zunehmend größeren Teilen (der „Mitte“) der Gesellschaft Akzeptanz.



Mehrere Generationen sind beim neonazistischen „Frankentag“ im August 2011 im unterfränkischen Roden-Ansbach versammelt. Foto: Robert Andreasch

Zweitens: Politische Einstellungen können nicht (allein) am äußeren Auftreten einer Person festgemacht werden, letztendlich sind das Gedankengut und die handlungsleitende Motivation einer Person entscheidender als die von ihr bevorzugte Ästhetik. Dafür braucht es vor allem eine intensive Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Autoritarismus.

Dennoch sind Kleidungsdrucke und Abzeichen nicht unwichtig oder gar ungefährlich. Styles und Symbole transportieren letztlich Inhalte und Bedeutungen und haben für ihre Träger_innen identitätsstiftende- und -stabilisierende Funktion. Deshalb muss die zunehmende Verbreitung von Nazi-Marken und ihren Shops sowie das ungehinderte Tragen extrem rechter Codes und Parolen in der Öffentlichkeit auch als „Raumergreifung“ von rechts angesehen und bekämpft werden. Das Wissen über rechte Ästhetik, Codes und Marken kann dafür im Umgang mit Personen und bei deren politischer Einordnung hilfreich sein.

NS-Symbolik und NS-Verherrlichung



Hakenkreuz, geschmied auf Zeitungskasten am Nordbad. Foto: Robert Andreasch

Die Verherrlichung des Nationalsozialismus durch Verwendung von NS-Symbolik soll durch den Paragraphen 86a Strafgesetzbuch „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ eingeschränkt werden. Einige NS-Kennzeichen wie z. B. das Hakenkreuz oder die Doppel-Sig-Runen der SS, aber

auch Grußformeln („Sieg Heil“) und Parolen („Unsere Ehre heißt Treue“) dürfen daher (außer z. B. zur politischen Bildung und antifaschistischen Aufklärungsarbeit) nicht in der Öffentlichkeit gezeigt werden.



Bei einem Aufmarsch in München im Jahr 2009 trägt ein Neonazi ein T-Shirt gegen den Strafrechtsparagraphen 86a, der das Verwenden verfassungswidriger Kennzeichen unter Strafe stellt. Foto: Robert Andreasch

Neonazis greifen zur Verherrlichung des NS deswegen oft auf nationalsozialistische Symbole zurück, die nicht in den entsprechenden Listen zum §86a StGB aufgeführt sind. Die bis vor kurzem aktive neonazistische Kameradschaft „Freie Nationalisten München“ (FNM) hatte beispielsweise das Stadtwappen Münchens der NS-Zeit (mit minimaler Änderung: Weglassen des Hakenkreuzes) zum eigenen Gruppenlogo erkoren.



Die mittlerweile von der „Kameradschaft München-Nord“ abgelöste neonazistische Gruppe „Freie Nationalisten München“ hatte ihr Logo auf braune T-Shirts aufdrucken lassen. Foto: Robert Andreasch

Eine solche NS-Verherrlichung ist keine Ausnahme: Eines der beliebtesten derzeitigen neonazistischen Szenezeichen überhaupt, die „Schwarze Sonne“, ist ursprünglich ein Symbol der SS gewesen. Heinrich Himmler ließ es als Bodenmosaik im „Obergruppenführersaal“ der SS-„Ordensburg“ Wewelsburg bei Paderborn einlegen. Viele Neonazis tragen das Rad aus 12 strahlenförmig angebrachten Sig-Runen gewissermaßen als Ersatz für das strafbare Hakenkreuz (aus vier Sig-Runen-ähnlichen Armen).



Die „Schwarze Sonne“ als T-Shirt-Aufdruck, getragen beim neonazistischen Aufmarsch in Heilbronn am 1. Mai 2011. Foto: Robert Andreasch

Ebenfalls nicht in der Liste der verbotenen Kennzeichen nach dem Strafrechtsparagrafen 86a steht die Abbildung eines mit einem Hammer gekreuzten Schwerts. Dabei hat dieses gerade in Bayern von Neonazis vielgezeigte Logo, das eine „Volksgemeinschaft“ aus Arbeitern und Soldaten beschwören soll, ebenfalls im Nationalsozialismus Verwendung gefunden, unter anderem als „Gaufeldabzeichen“ der Hitlerjugend, beim „Kampfverlag“ der SA oder bei der NSDAP-Abspaltung „Schwarze Front“.



Das Symbol des mit einem Hammer gekreuzten Schwerts wird hier auf Fahnen beim Aufmarsch in Heilbronn 2011 gleich mehrfach gezeigt. Foto: Robert Andreasch

Das Logo der „Deutschen Arbeitsfront“ des Nationalsozialismus war ein aus dem Kontext der linken Arbeiter_innenbewegung entlehntes Symbol: das Zahnrad. Heute wird es in vielfältiger Weise von Neonazis in ihrer Außendarstellung verwendet. Da die Abbildung eines Zahnrads als Techniksymbol natürlich erst einmal unproblematisch ist, entsteht die NS-verherrlichende Bedeutung bei den Neonazis durch den Verwendungskontext.



Ein Aktivist der neonazistischen österreichischen „Nationalen Volkspartei“ bei einem Aufmarsch in München-Fürstenried. Foto: Robert Andreasch

Codierungen

Einer strafrechtlichen Verfolgung versuchen Neonazis auch dadurch zu entgehen, dass sie verbotene Abkürzungen, Begriffe und Formeln durch Chiffrierung umgewandelt transportieren. Bekanntestes Beispiel ist sicher die häufige Verwendung des Zahlencodes „88“. Gewissermaßen als „Abkürzung“ einer (verbotenen) Parole wird hier zweimal der 8. Buchstabe im Alphabet aufgegriffen, das H: „Heil Hitler“. Ein Beispiel aus der Region: Als Neonazis der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) und der Kameradschaft „Nationale Solidarität Bayern“ in München-Fürstenried ein „Nationales Jugendzentrum“ in Betrieb nehmen wollten, hatten sie noch vor der Einweihung ein



Noch vor dem Einzug bringen die Münchner Neonazis an der von ihnen angemieteten Räumlichkeit außen ein einschlägiges Blechschild an. Foto: Robert Andreasch

Blechschild mit der „88“ über dem Eingang angebracht.

Als Bestandteil von Gruppen- und Bandnamen, T-Shirt-Aufdrucken oder geschmierten Parolen ist immer wieder auch die „18“ zu sehen (der neonazistische Zahlencode für „Adolf Hitler“). Die häufig verwendete Kombination „14“ bezieht sich dagegen nicht auf Initialen, sondern auf eine Art Glaubensbekenntnis der internationalen Neonaziszene, die so genannten „14 words“ des amerikanischen Rechtsterroristen David Lane: „We must secure the existence of our people and a future for white children“.

Mit solcherlei Zahlencodes ist es der extremen Rechten nicht nur gelungen, die strafrechtlichen Bestimmungen ad absurdum zu führen. Sie konnten sich damit auch Zeichen mit hohem Wiedererkennungswert schaffen. Z. B. mittels Schmierereien dieser Zahlen soll der öffentliche Raum von Rechts „markiert“ werden. Politische Symbolik wird so zu einem Faktor der Repräsentation lokaler Machtverhältnisse. Nach dieser bewährten Methode werden daher auch weiterhin „neue“ Zahlencodes kreiert:



Auf diesem T-Shirt des neonazistischen „Crew38“-Netzwerks ist die Buchstabenfolge „Crew“ in die Fingerlöcher eines Schlagrings hineinmontiert, für die 3 wird die Punktezahl auf einem Würfel, für die 8 die Eightball-Kugel des Billardspiels verwendet. Foto: Robert Andreasch

„38“: Dieser Zahlencode steht für die „Crew38“. Dabei handelt es sich um Unterstützer_innen der so genannten „Hammerskins“ (HS) bzw. „Hammerskin Nation“ (HSN): Dieses internationale Neonazi-Netzwerk verwendet eigentlich ein Logo, welches aus den Zeichentrickpassagen des Pink-Floyd-Films „The Wall“ entlehnt wurde: Zwei gekreuzte Zimmermannshämmer, die bei der „Hammerskin Nation“ für die „weiße Arbeiterklasse“ stehen sollen.



Das schwarz-weiß-rote Logo der „Hammerskins“ beim neonazistischen „Franken- tag“ 2011. Foto: Robert Andreasch

In Deutschland, aber auch in München aktiv sind vor allem „Hammerskin“-Aktivisten, die mit der Veranstaltung von Rechtsrockkonzerten Geld für die „Bewegung“ (und hier vor allem für die Begleichung von Repressionskosten) beschaffen wollen. Diese Personen treten oft unter dem Namen/Logo der „Crew 38“ auf. Mit dem Zahlencode wird zum Einen auf die „Hammerskins“ verwiesen („38“ steht für „Crossed Hammers“, abgekürzt CH). Zum Anderen erinnert die Zahlenkombination sicher nicht unabhängig an die in Deutschland verbotene „Blood & Honour“-Bewegung und deren gängige Abkürzung („28“).



Sweatshirt der Münchner Gruppe „S8“. Foto: a.i.d.a.

Im Raum München nennt sich die lokale Gruppe der dem „Hammerskin“-Netzwerk zugerechneten Aktivisten „S8“, was nach Eigenangaben für „Straight Hate München“ steht. Die szenintern auch „S-Bahn“ genannte Gruppierung dürfte mit dem Code „S8“ jedoch auch auf die Abkürzung für die verbotene Grußformel „Sieg Heil“ anspielen.



Eines der bekanntesten Transparente der „Kameradschaft München“ wird bei einer Kundgebung auf dem Stachus gezeigt. Foto: Robert Andreasch

Eine Codierung kann auch durch Verwendung von Chiffre-Wörtern erfolgen: Die häufig verwendete Abkürzung „ZOG“ (ausgeschrieben: „Zionist Occupied Government“, „zionistisch besetzte Regierung“) beispielsweise verbirgt den verschwörungstheoretischen Antisemitismus der Neonaziszene. Und die „Kameradschaft München“ zeigt seit vielen Jahren bei Aufmärschen und Kundgebungen ungehindert ein Transparent, bei dem die NS-Parole „Deutsche macht Euch frei von der Juden-Tyrannie“ durch „Deutsche macht Euch frei von der OneWorld-Tyrannie“ „ersetzt“ wurde.



Flugblatt und Anstecker der neonazistischen „Volksozialistische Bewegung Deutschlands“. Foto: a.i.d.a.

Bei neonazistischen Symboliken ist die (straf-)rechtliche Bewertung durch Polizei und Justiz oft uneinheitlich oder widersprüchlich. Ein Beispiel ist das sogenannte „White Power“-Zeichen: Der Kreis mit Kreuz wird häufig fälschlicherweise als „Keltenkreuz“ bezeichnet (bei dem der vertikale Kreuz-Balken länger wäre) und steht in der internationalen Neonazi-Bewegung für „White Power“, den Überlegenheits- und Durchsetzungsanspruch der „Weißen Rasse“.

Als Abzeichen der einst von München aus agierenden, verbotenen „Volksozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBD-PDA) ist das öffentliche Tragen dieses Logos eigentlich untersagt, die Rechtsprechung hierzu fiel in den letzten Jahren jedoch uneinheitlich aus.



Ein Neonazi im tschechischen Novy Bydzov trägt das „White-Power“-Symbol als Kettenanhänger. Foto: Robert Andreasch

Germanisch-Heidnisches / „Thorshammer“

Zu den beliebtesten Motiven in rechten Szenen gehören Elemente aus germanischer und nordischer Mythologie, z. B. die Verwendung von Runen, den altnordischen bzw. germanischen Symbolen aus dem 1. Jhd. n. Chr.



Schriftzug auf einem T-Shirt „Artglaube“ - wenn Zeichen für Zeichen aus einem „Runenalphabet“ übertragen werden. Foto: Robert Andreasch

In unhistorischer Art und Weise werden die Runen dabei in der esoterisch-völkischen Tradition des 19. und 20. Jahrhunderts interpretiert. Die „Man-Rune“ z. B. wurde von den Ideologen des NS in eine „Lebensrune“ umgedeutet, heute ist sie bei Geburtsanzeigen, als Tätowierung und als Schmuckstück in der neonazistischen Szene sehr beliebt.



Bei einem Neonaziaufmarsch in Plauen trägt ein Teilnehmer eine „Manrune“ als Tätowierung am Hals. Foto: Robert Andreasch

Dabei geht es weniger um religiöses Heidentum als vielmehr um die Konstruktion einer angeblichen jahrtausendealten eigenen Traditionslinie als „arische Kämpfer“. Einige der aus diesen Gebieten verwendeten Symbole stehen denn auch vor allem für „Kampf“, sollen „Kraft“ und „Stärke“ vermitteln. Der germanische Gewittergott „Thor“ beispielsweise zerschmettert in der Mythologie seine Feinde mit seinem Hammer, dem „Mjölmir“. In diesem Zusammenhang wird das „germanische“ Symbol des „Thorshammers“ in der rechten Szene vielfach als Schmuckstück getragen, in Aufdrucken verwendet oder in Abbildungen integriert. Erst durch die Konstruktion eines „arteigenen“ Glaubens in radikaler Abgrenzung von Christen- und Judentum sowie des rassistischen Bildes des starken Germanen, der gegen die „Untermenschen“ kämpft, wird der auch in vielen anderen Kontexten verwendeten „Thorshammer“ dann jedoch mit eindeutig extrem rechter Ideologie aufgeladen.



Adler und Thorshammer als Sweat-Shirt-Motive beim Neonaziaufmarsch in Heilbronn. Foto: Robert Andreasch

Was für germanische Symbole gilt, lässt sich gleichermaßen auch für eine Bildersprache sagen, die auf „nordische“ Bezüge und „Wikinger“-Metaphern setzt. Häufig wird in rechten Szenen „der Wikinger“ in genauso unhistorischer Weise als rassistischer, germanischer männlicher Krieger inszeniert, der für „sein Volk“ gegen die „Feinde“ (aus dem arabischen Raum) kämpft.

Gender-Aspekte



Brutale Aussage: T-Shirt eines Teilnehmers bei einem neonazistischen Aufmarsch in München im Mai 2009. Foto: Robert Andreasch

Der „männliche Kämpfer“ und Soldat entspricht der extrem rechten Vorstellung von „männlichem“ Geschlecht und „männlicher“ Geschlechterrolle. Die Propagierung traditioneller, „natürlicher“ Geschlechterrollen ist derzeit ein dominierendes Thema rechter Diskurse. Die strikte Zweigeschlechtlichkeit und das Patriarchat stellen einen wichtigen Ordnungsrahmen der extremen Rechten dar. Dementsprechend werden sowohl die Dekonstruktion der Kategorie „Geschlecht“ als auch Geschlechtergleichstellungspolitik von Rechten aller Schattierungen massiv bekämpft. „Männliche“ und „weibliche“ Geschlechterrollen, so wird vermittelt, seien Ergebnis biologisch unterschiedlicher Eigenschaften. Schon im Nationalsozialismus sollte sich auch auf diese Weise von liberalen, „jüdischen“ und auf Gleichberechtigung abzielenden Ideen der Weimarer Republik abgegrenzt werden. Auch heute sind dementsprechend „Mutterschaft“ und „fürsorgende Rolle“ einerseits sowie das „Soldatische“, das „Heldenhafte“ und die Verteidigung von „Volk“ und „Nation“ andererseits Leitbilder der extrem rechten Geschlechtervorstellungen.

„Volkstod“

Feminismus, Homosexualität und Schwangerschaftsabbrüche stellen demgemäß demografische „Gefahren“ dar und werden von der extremen Rechten bekämpft. Als prägnantes Schlagwort für die Komplexität des demografischen Wandels hat sich in der extremen Rechten der schlichte Begriff des „Volkstods“ durchgesetzt. Der Diskurs um die schrumpfende Bevölkerung wird dazu ethnisiert, das heißt, der beklagte Geburtenrückgang „deutscher“ Familien wird einer angeblich höheren Reproduktionsziffer in Familien mit Migrationshintergrund gegenübergestellt. Im Rahmen bundesweit durchgeführter „Volkstod“-Kampagnen haben auch (ober-)bayerische Neonazis Aktionen durchgeführt, in deren Rahmen als „Tod“ verkleidete Neonazis beispielsweise bei Faschingsumzügen in der Oberpfalz aufliefen („Die Demokraten bringen uns den Volkstod“). Die neonazistischen Kameradschaften „Freundeskreis Gilching“ und „Aktionsbund Freising“ haben in der jüngsten Vergangenheit Aufkleber und Transparente zum „Volkstod“-Thema produziert.



Den „Verursachern“ des angeblichen „Volkstods“ droht der neonazistische „Aktionsbund Freising“ mit dem Galgen. Foto: Robert Andreasch

Gewalt

Neofaschistische Ideologie bedeutet eine Politik brutaler Ausgrenzung und wird immer in Gewalt enden. Gewalt ist zudem integraler Bestandteil neofaschistischer Ideologie.



Gewalttätige Darstellungen und Drohungen sind Alltag in der neonazistischen Szene. Foto: Robert Andreasch

Die Verherrlichung von Gewalt und Brutalität spiegelt sich auch in der Faszination für (Kriegs-)Waffen und Militär wider. Die Mitglieder der Münchner/oberbayerischen Kameradschaft „Jagdstaffel D.S.T“ („Deutsch, Stolz, Treu“) beispielsweise posieren verumumt und mit Teleskopschlagstöcken, Macheten und Axtstielen bewaffnet auf der eigenen Homepage. Die Kameradschaft hat eine Flugabwehrkanone der NS-Wehrmacht zum Gruppenlogo gemacht, das im Stile der „Couleur“ von Rockerclubs auf Lederwesten getragen wird.



Foto: Robert Andreasch

„Anti-Antifa“

Neonazistische Brutalität und Gewalt gilt zunehmend ihren politischen Gegner_innen und Kritiker_innen. Drohungen richten sich auch bei den Münchner Neonazis in erster Linie gegen Antifaschist_innen und Demokrat_innen. Das organisierte Vorgehen der Neonaziszene gegen Antifaschist_innen wird von der Szene auf den populären Begriff „Anti-Antifa“ gebracht. Neben der tatsächlichen Ausübung von Bedrohung und Gewalt hat diese Bezeichnung auch immer eine identitätsstiftende Funktion. In ungezählten Variationen wird das Thema „Anti-Antifa“ auf T-Shirts, Transparenten, Aufklebern und in Liedtexten aufgegriffen („Reds better run“).



„Good Night Left Side“, droht hier eine Neonazistin ihren Gegner_innen. Foto: Robert Andreasch

Jugend- und Subkulturen

Längst hat sich neben der NS-Ästhetik und der Fixierung auf oberflächliche Aspekte der „Skinhead“-Subkultur innerhalb der extremen Rechten ein Stilpluralismus herausgebildet. Insgesamt hat sich ein weniger eindeutiges oder klischeebehaftetes Gesamterscheinungsbild der rechten Szene durchgesetzt, meist differenzierter und modischer als von der Öffentlichkeit erwartet.



Jugend- und popkulturelle Trends und Moden werden von der neonazistischen Szene integriert. Foto: Robert Andreasch

In vielen Jugend- und Subkulturen sind aufgrund schwindender politischer Abgrenzungen auch schwindende Berührungängste zur rechten Szene zu beobachten. Angesichts einer zunehmenden Verdrängung alternativer Jugendkulturen ist ein Ausbreiten extrem rechter Ideologie im Rahmen eines rechten „Lifestyles“ umso alarmierender. Und eine neonazistische Szene, die sich ästhetisch nicht mehr sehr von der Alltagskultur der meisten Jugendlichen unterscheidet, senkt gewissermaßen die „Eintrittsschwelle“ für „unpolitische“ Jugendliche.



Die neonazistische Szene hat sich ästhetisch ausdifferenziert: „Bündischer“ Stil mit Hemd und Zimmermannshose neben alternativem Outfit inklusive gelben „Chucks“ und alternativen „veganism“-Aufnähern. Neonazi-Kundgebung in Bad Nenndorf 2010. Foto: Robert Andreasch

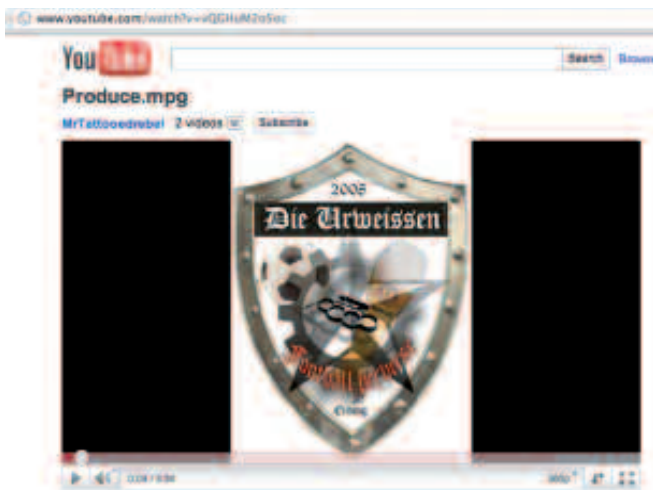
Neonazis und Fußball



Foto: Robert Andreasch

Unter Neonazis gibt es viele Fußballfans und unter Fußballfans sind mehr Neonazis zu finden als bei den Anhänger_innen manch anderer Sportarten. Neonazis versuchen daher immer wieder, die Stadien als Bühne für ihre Propaganda zu nutzen und in der Masse der Fangruppen Nachwuchs zu rekrutieren. In München zeigt z. B. ein kleiner Kreis organisierter und unorganisierter Neonazis seit Jahren Präsenz bei den Spielen des TSV 1860. In diesem Zusammenhang werden immer wieder rechte Symboliken mit Fußballbezug hergestellt und veröffentlicht.

Nicht nur in den Fangruppen von Fußballvereinen aller Spiel-Ligen sind Neonazis eine Bedrohung oder ein Problem. Neonazis verabreden sich auch zu Fußballturnieren, beim „Freien Widerstand Süddeutschland“ zum Beispiel spielen süddeutsche Kameradschaften jedes Jahr den „Swastika-Cup“ („Hakenkreuz-Pokal“) aus. Im Raum München und Erding sind fußballspielende Neonazis Teil der Freizeitmannschaft „Die Urweißen“, die an Hobby-Fußballturnieren teilnimmt. Sie trägt nicht nur Rassismus im Namen, sondern auch den positiven Bezug auf Gewalt (Schlagring!) in ihrem Logo.



Logo der Fußballmannschaft „Die Urweissen“, gezeigt in einem von ihnen produzierten youtube-Video. Screenshot: a.i.d.a.

Grauzone

Rechts zu sein ist nicht ausschließlich eine politische Einordnung, sondern manchmal auch eine soziale Kategorie. Das heißt, hier wird „rechtssein“ eher als identitätsstiftendes Lebensgefühl gesehen. Man fühlt sich als ausgegrenztes Opfer und negiert die eigenen Ausgrenzungswünsche, vergöttert Gewalt und die eigene Nation, redet sich ein „Sich-Wehren-Müssen“ gegen wen auch immer ein. Ab wann jemand, der/die sich in solch rechten „Lebenswelten“ bewegt, der „extremen Rechten“ zugeordnet werden kann, kann nicht allgemein definiert werden. Sicher ist nur, das dies ein zahlenmäßig viel größeres (Dunkel-)Feld ausmacht als dasjenige einer organisierten neonazistischen Szene. Symbole der Grauzone sind neben Gewaltdarstellungen, sexistischen und nationalistischen Abbildungen vor allem ein völlig übersteigter Bezug auf einige Bands der „Grauzone“, z. B. die Bremer Gruppe „Kategorie C“ oder die aufgelöste Band „Böhse Onkelz“.



Schriftzüge der extrem rechten Hooligan-Band „Kategorie C“ sind in manchen rechten Szenen allgegenwärtig. Foto: Robert Andreasch

Marken

Mit dem Kauf „Nationaler Marken“ schaffen sich Neonazis Verdienst- und Identifizierungsmöglichkeiten gleichermaßen. Neben eindeutigen neonazistischen Eigenproduktionen (in Bayern z. B. „CONSDAPLE“ aus Landshut oder „Masterrace“ aus Geiselhöring), die in den letzten Jahren die Diskussion bestimmten, haben sich mittlerweile auch große Firmen in der rechten Szene etablieren können: Ungeachtet aller Diskussionen über Kommerzialisierung

und arabische Investoren hinter der Mutterfirma Media-Text ist dabei die ursprünglich aus dem brandenburgischen Königs Wusterhausen stammende Bekleidungs-Marke „Thor Steinar“ (TS) diejenige Marke, auf die sich viele extrem Rechte „einigen“ können - und die dementsprechend häufig getragen wird. Nach Abschluss einer Reihe von Gerichtsverfahren sind die unterschiedlichen, z. T. aus verbotenen Tyr- und Gibor-Runen zusammengesetzten Logos der Firma alle als legal anzusehen.



Aufklebersammlung des Modelabels „Thor Steinar“. Foto: a.i.d.a.

Viele Kleidungsstücke „Thor Steinars“ beinhalten bei genauerem Hinsehen rechte Bezüge im Design, z. B. verweisen Abbildungen und Schriftzüge auf nordische Mythologie („Thule“ etc.), Militär („Division“), NS-Wehrmacht („Afrika-Korps“) oder auf die tödliche Gewalt von Neonazis gegen politische Gegnerinnen und Gegner („Hausbesuch“, „kontaktfreudig“, „Blutspritzer“). Der zurückhaltendere Style einiger anderer hochpreisiger TS-Produkte und Accessoires erinnert jedoch eher an den Schick diverser unpolitischer Nobelpreise. Neben dem dominierenden Label „Thor Steinar“ konnten in letzter Zeit die einschlägigen Marken „Eric and Sons“ und „Ansgar Aryan“ eine über kleinere Kreise hinausgehende Szenebedeutung erlangen.

Weiterführende Literatur:

Agentur für soziale Perspektiven e.V. (Hg.) (2011): *Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen. Aktualisierte Neuauflage. Reihe antifaschistischer Texte. Hamburg.*
 Kostenfreier Download unter www.dasversteckspiel.de.

Argumente / Netzwerk antirassistischer Bildung e.V. / Bildungswerk Anna Seghers e.V. / Antifaschistisches Infobüro Rhein-Main (Hg.) (2009): *Dunkelfeld. Recherchen in extrem rechten Lebenswelten rund um Rhein-Main. Berlin.*
 Zu bestellen unter www.argumente-netzwerk.de.

Schedler, Jan; Häusler, Alexander (Hg.) (2011): *Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung. Wiesbaden.*

Wamper, Regina; Kellershohn, Helmut; Dietzsch, Martin (Hg.) (2010): *Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen. Münster.*

3.1 Gemeinwesenarbeit als Baustein gegen Rechtsextremismus

Martina Ortner

Gemeinwesenarbeiter_innen wissen in der Regel um die Sorgen und Nöte der Bewohner_innen im Stadtteil, verstehen die politischen Zusammenhänge (auch der übergeordneten Ebene) und haben einen Überblick über die Netzwerke und Aktivitäten in ihrem Einzugsbereich. Es gibt Kontakte zur lokalen Ökonomie, zur Stadtplanung und zur Politik. Dieser hier skizzierte Blick auf die Gemeinwesenarbeit (GWA) greift die politischen Ansätze der 1980er Jahre wieder auf, ohne die weiteren Entwicklungen auf diesem Gebiet zu vernachlässigen. Im Folgenden werden wir Vorschläge entwickeln, wie GWA extrem rechte Aktivitäten einschränken kann.

1. Gemeinwesenarbeit ist politische Arbeit

Bewohner_innen in so genannten benachteiligten Quartieren sind es gewohnt, eher eine Zuschauerrolle zu haben.¹⁶ Die Aufgabe der GWA ist es, sie zur Gestaltung ihres Lebensumfeldes zu motivieren. Dass in diesem Segment immer wieder auch extrem Rechte unterwegs sind, zeigt sich z. B. durch Infostände (auch regelmäßig in München), Mitwirkung bei Bürgerprotesten, wie z. B. bei der Diskussion um die dritte Startbahn am Münchner Flughafen oder durch Briefwurfsendungen (mit ausländerfeindlichen Parolen z. B. im Münchner Norden), in denen Argumente angeboten werden. Da heißt es dann, dass Ausländer_innen die Arbeitsplätze wegnähmen oder ein geplanter Moscheebau kulturell bedrohend sei. GWA hat die Möglichkeit, direkter auf die Ängste und Sorgen einzugehen, aber auch ganz klar menschenverachtende Parolen zu identifizieren. Migrant_innen, die mit entsprechenden Flugblättern, die sie in ihrem Briefkasten vorfanden, in die Einrichtung kommen, können darüber informiert werden, welche Gruppe hinter den Aussagen steckt und wie stark diese Gruppe in München vertreten ist, welche Gegenaktivitäten es gibt etc. Personen, die sich die angebotene Argumentation zu eigen machen, können mit den Konsequenzen dieser Begründungen konfrontiert werden. In beiden Fällen wird die Thematik nicht aufgebauscht oder heruntergespielt, sondern sachlich besprochen.

In der GWA wird viel von Sozialraumorientierung gesprochen. Ob es sich dabei um die Lebenswelt der Bewohner_innen, ein Quartier oder einen Stadtteil handelt, wird unterschiedlich gehandhabt. Bei allen Perspektiven ist Ausgangspunkt der Überlegungen das Interesse am Wohlbefinden der Wohnbevölkerung. Dies kann z. B. durch eine Aktivierende Befragung¹⁷ ermittelt werden. Das ist eine Methode, die Interessen der Bürger_innen zu formulieren und zu bündeln, aber auch selbst organisiertes Handeln zu unterstützen. Es können auch weniger aufwändige Befragungsinstrumente eingesetzt werden, wie z. B. ein Kinder- und Jugendforum oder Diskussionen am Rande von Gruppenangeboten. In all diesen Fällen arbeitet GWA ressourcenorientiert,

kooperativ und agiert vernetzend. Sie ermöglicht Begegnung und schafft Bedingungen für Möglichkeiten. Die so erkannten Fragestellungen können in verschiedene Netzwerke (z. B. Regsam¹⁸, Lernen vor Ort¹⁹) und Gremien (z. B. Bezirksausschuss²⁰, Sozialplanung) eingespeist werden, sei es durch die Bewohner_innen selbst oder durch die Vertreter_innen der GWA. In ihrer Methodik greift die GWA auch auf die Möglichkeiten der Community Organization oder des Community Development zurück. Ziel ist es, Möglichkeiten zu nutzen und Bürger_innen zu aktivieren, ihren Stadtteil mitzugestalten. Die Nutzung der demokratischen Strukturen und damit verbundene Erfolgserlebnisse fördern das Demokratieverständnis und lassen eine Sensibilität für demokratiefeindliche Strukturen entstehen.

2. Gemeinwesenarbeit hat das soziale Zusammenleben im Blick

Mitarbeiter_innen der GWA haben Einblick in die Lebenswelt der Bewohner_innen. Sie arbeiten überwiegend in Quartieren, in denen ein hoher Anteil armer Menschen lebt. Neben Unterstützung, wie der Alltag organisiert werden kann, wie z. B. Hilfe beim Ausfüllen von Formularen, Informationen über Ansprüche, Beschaffung von Hausrat sowie Reparaturen von z. B. elektrischen Geräten, fördern die Mitarbeitenden auch die Potenziale der Einzelnen, darüber die Eigeninitiative und die Selbstorganisation. Dies drückt sich wiederum in der Verbesserung der Lebensqualität und der Lebensfreude aus, auch wenn sich an den Rahmenbedingungen, z. B. dem Bezug von Hartz VI, nichts geändert hat. So dient ein Deutschkurs nicht nur dem Spracherwerb, sondern bedeutet, mindestens einmal die Woche einen Termin zu haben, auf den man sich freuen kann, bei dem man nette Menschen trifft und eine Lehrerin, die auch sonst für Fragen offen ist. So kann die eigene Nähbegeisterung in einer kleinen Änderungsschneiderei des Mehrgenerationenhauses sinnvoll genutzt oder die Computerkenntnisse in einem Anfängerkurs für Senior_innen weitergegeben werden. Solche Angebote tragen dazu bei, dass sich Gemeinschaften bilden, aus denen sich wieder neue Ideen entwickeln können, wie das Interesse an gemeinsamen Kino-Abenden oder anderes. Auch extrem Rechte wissen das und bieten z. B. in vielen ostdeutschen Bundesländern Beratung für Hartz IV Empfänger_innen an. Dagegen hilft, Lücken im Beratungsnetzwerk entgegenzuwirken, aber auch gemeinschaftsstiftende Angebote aufrecht zu erhalten bzw. wieder zu etablieren. GWA tritt für eine lebendige soziale Infrastruktur in den Stadtteilen ein.

Das soziale Zusammenleben im Stadtteil fördern heißt, verschiedenen Milieus Raum zu geben, sich aber ebenso nicht zu scheuen, Ausgrenzung, Stigmatisierung oder extrem rechte Parolen zu benennen und hier Grenzen zu ziehen. Es bedeutet auch, sich genau anzusehen, wer sich für Ehrenämter anbietet oder für eine Raumnutzung bewirbt. In diesem Sinne fördert GWA den sozialen Kitt, aber auch (im positiven Sinne) die soziale Kontrolle.

¹⁶ Dies kann unterschiedliche Gründe haben, z. B. können sie in einer Lebensphase sein, in der sie von diversen sozialen Institutionen abhängig sind.

¹⁷ „Aktivierende Befragung ist eine Methode, die in der Gemeinwesenarbeit entwickelt wurde. Die Bürgerinnen und Bürger eines Wohngebiets oder Stadtteils werden nicht nur nach ihren Meinungen und Einstellungen befragt, sondern gleichzeitig dazu angeregt und ermutigt, aktiv zu werden, für ihre Interessen einzutreten und bei der Lösung von Problemen im Gemeinwesen mitzuwirken.“ www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/aktivierende-befragung/104060/ (Zugriff 15.08.2011).

¹⁸ Mehr dazu unter www.regsam.net.

¹⁹ Informationen hierzu unter www.muenchen.de/Rathaus/scu/wir/vo/327998/index.html.

²⁰ „Die Bezirksausschüsse sind lokale Organe der Landeshauptstadt München mit Antrags-, Entscheidungs-, Anhörungs- und Unterrichtsrechten. Ihre Aufgabe ist die Unterstützung und Durchsetzung von stadtteilbezogenen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Zahlreiche Empfehlungen aus den jeweiligen Bürgerversammlungen, die sich auf das Stadtviertel beziehen, werden vom „Stadtteil-Parlament“ in eigener Verantwortung behandelt.“ (www.muenchen.de/Rathaus/politik_ba/98578/index.html, Zugriff, 19.08.2011).

3. Gemeinwesenarbeit fördert sozio-kulturellen Pluralismus

Respekt und Toleranz gegenüber anderen zeigt sich unter anderem durch die Anerkennung verschiedener Traditionen, unterschiedlicher Problemlösungsstrategien und der Achtung differierender Lebenseinstellungen. Es kann ein Nebeneinander geben, z. B. die Raumvergabe an eine türkische Frauengruppe, kroatische Tanzgruppe oder afghanische Musikgruppe. Für alle gelten dabei die gleichen Nutzungsbedingungen und Verhaltensregeln. Zugleich sind die Angebote und die Struktur des Treffs so gestaltet, dass Interkulturalität sichtbar wird. Dies drückt sich in der Programm- und Raumgestaltung ebenso aus, wie in der Öffentlichkeitsarbeit, z. B. mehrsprachige Flyer. Hinzu kommt die gemeinsame Gestaltung von Kulturwochen, Straßenfesten oder anderen Feierlichkeiten. Vielleicht kann auch ein Beirat etabliert werden, in dem sich die verschiedenen Milieus spiegeln. In diesem Sinne fördert GWA die Ausbildung des Selbst-Bewusstseins. Extrem Rechte treten immer wieder für einen so genannten Ethnopluralismus ein. Darunter verstehen sie ein Nebeneinander der verschiedenen „Kulturen“, bei dem es zu keinen „Vermischungen“ kommt. GWA deckt die ausländerfeindlichen Inhalte dieser Haltung auf und zeigt in ihrem eigenen Handeln einen konstruktiven Umgang mit Verschiedenheit.

Eine Aufgabe der GWA ist es Netzwerke zu knüpfen. Sie hat im Blick, was im Stadtteil los ist und zwar auf unterschiedlichen Ebenen: Bewohner_innen, Institutionsvertreter_innen (z. B. Schule, Sozialbürgerhaus, Ärzt_innen), Geschäftsleute. Sie kennt andere Treffpunkte, evtl. Vereinshäuser, hat Kontakt zu den ortsansässigen Religionsgemeinschaften und den anderen Institutionen. Sie fördert die Auseinandersetzung mit Unterschieden und erkennt, wenn sich etwas verändert. Hierzu können z. B. die in der GWA üblichen Stadtteilspaziergänge dienen. Wer diese regelmäßig macht, erkennt, ob ein Straßenzug mit neuen Aufklebern bestückt wurde (und kann bei Fachstellen nachfragen, was diese symbolisieren). Wer gruppenspezifische Stadtteilbegehungen macht, kann erkennen, welche Orte zu Angsträumen²¹ werden und herausfinden, warum das so ist. Initiativen können gefördert oder inspiriert werden, wie z. B. interkulturelle Gärten oder internationale Bürgerhäuser. Dies alles trägt zur Gestaltung des öffentlichen Raums bei und schränkt diesbezüglich die Möglichkeiten für Rechtsextreme ein.

4. Wirtschaftliche Effekte der Gemeinwesenarbeit

Das Image eines Stadtteiles bewirkt, ob Menschen dort gerne hinziehen möchten, ob der Stadtteil als Durchgang gesehen wird oder ob der Stadtteil etwa als ausländerfeindlich gilt. Wird durch die Aktivitäten der GWA der Ruf der Gegend verbessert, kann sich die Bewohner_innen-Struktur verändern, die kulturellen Angebote erweitern sich, die lokale Ökonomie wächst, ja sogar eine verbesserte Verkehrsanbindung kann ermöglicht werden. Ist der Stadtteil eher Durchgang, können die Möglichkeiten der GWA bewirken, dass Einzelne ihre Potenziale so zu nutzen lernen, dass sie Arbeit finden. Die dann bessere finanzielle Situation hat zur Folge, dass sie in einen anderen Stadtteil umziehen können. Die Angebote der GWA können hier sein: Nachhilfe organisieren, Deutschkurse, Kompetenz- und Bewerbungstrainings, aber auch der Aufbau von Kinderbetreuung. Dies führt dazu, dass Arbeitsfähigkeit erhalten oder hergestellt wird. Gilt der Stadtteil als aus-

länderfeindlich, kann GWA ganz gezielt erst einmal an Interessen der Bewohner_innen anknüpfen. Bei Themen, die alle betreffen, wie z. B. eine Ampelschaltung, ein Zebrastreifen, können Verbesserungen im Stadtteil erreicht werden und dies mit einer Initiativgruppe, in der Deutsche und Nicht-Deutsche gemeinsam agieren und eine positive Veränderung erwirken. Die gemeinsame Arbeit an einem für alle wichtigen Thema ermöglicht, miteinander in Kontakt zu treten. Sobald Kontakt entsteht, können soziale Themen aufgegriffen und interkulturelle Aspekte mit eingebaut werden, um neue Perspektiven zu ermöglichen und darüber Lerneffekte und gegebenenfalls Einstellungsänderungen zu bewirken. Hier empfehlen sich Kooperationen mit anderen Einrichtungen und Projekten, die sich darauf spezialisiert haben.

Weitere Anregungsmöglichkeiten der GWA sind: Kleidertauschbörsen, ehrenamtliche Reparaturbetriebe, Nähkurse; das alles sind Elemente zur Organisation eines Alltages, für den wenig finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Dies alles bedarf Personal für die Planung und Durchführung. Hierüber können sich Personen für den Arbeitsmarkt qualifizieren oder sich einen Arbeitsplatz erarbeiten, wenn sich das so aufgebaute Geschäft etabliert (z. B. ein Second Hand Laden). Daneben kann ehrenamtlich oder durch die Kooperation mit Beratungsstellen an der Klärung von Leistungsansprüchen gearbeitet werden. Ein wesentlicher Bestandteil von GWA ist es, dass viel des Engagements über ehrenamtliche Arbeit organisiert wird und Projekte oder Sachmittel zu einem großen Teil über Spenden finanziert werden. GWA braucht daher gute Kontakte zu Firmen und Ressourcen für Öffentlichkeitsarbeit, um ihre Ideen bekannt zu machen. Aber auch hier gilt es zu prüfen, welche Firmen die Arbeit unterstützen möchten, denn sowohl der Firmeninhaber als auch das Personal können extrem rechts sein. Hier helfen eine klare vertragliche Regelung und ein Vorab-Einführungskurs mit den potenziellen Ehrenamtlichen.

Extrem Rechte gründen Unternehmen und schaffen Arbeitsplätze. Das kann der Versuch sein, eine Kneipe als Treffpunkt zu etablieren, wie z. B. im Münchner Stadtteil Berg am Laim oder einen Laden anzumieten, wie z. B. in Murnau. Hier gilt es wachsam zu sein, wer sich im Viertel ansiedelt und entsprechende extrem rechte Aktivitäten sofort öffentlich zu machen. Es gibt auch Kommunen, in denen z. B. ein extrem rechter Verlag seinen online-shop organisiert, wie in Geiselhöring bei Straubing. Extrem rechte Aktivitäten werden damit zum regionalen Arbeitgeber.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in Bezug auf Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, eine engagierte Gemeinwesenarbeit hilfreich ist. Dafür bedarf es dauerhafter Strukturen, um Erfahrungswissen aufbauen und auf ein vielschichtiges Netzwerk zurückgreifen zu können. Zu empfehlen ist, dass in Kooperation mit Fachstellen immer wieder spezielle Angebote organisiert bzw. Ideen und Vorschläge der Bewohner_innen aufgegriffen und mit ihnen gemeinsam bearbeitet werden. Dabei dürfen keine Konflikte gescheut werden.

²¹ In Dortmund gibt es, so wurde auf einer Tagung berichtet, einen ganzen Stadtteil „Dorstfeld“, der als Angstzone gilt.

Literaturangaben:

Alinsky, Saul (21999): *Anleitung zum Mächtigen. Ausgewählte Schriften.* Göttingen.

Elsen, Susanne (1998): *Gemeinwesenökonomie – eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung?* Neuwied u.a.

Lüttringhaus, Maria; Richers, Hille (22007): *Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 29.* Bonn.

Oelschlägel, Dieter (ohne Datum): *Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadtentwicklung – Profilierung und Vernetzung auf Bundesebene.* www.bagsozialestadtentwicklung.de/fileadmin/Referat_Oelschlaegel_Stadtentwicklung.pdf (Zugriff 24.06.2011)

Roth, Roland (2010): *Demokratie braucht Qualität. Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus.* Berlin. library.fes.de/pdf-files/do/07303.pdf

3.2 Seminaraufbau und Ablauf

Martina Ortner und Marcus Buschmüller

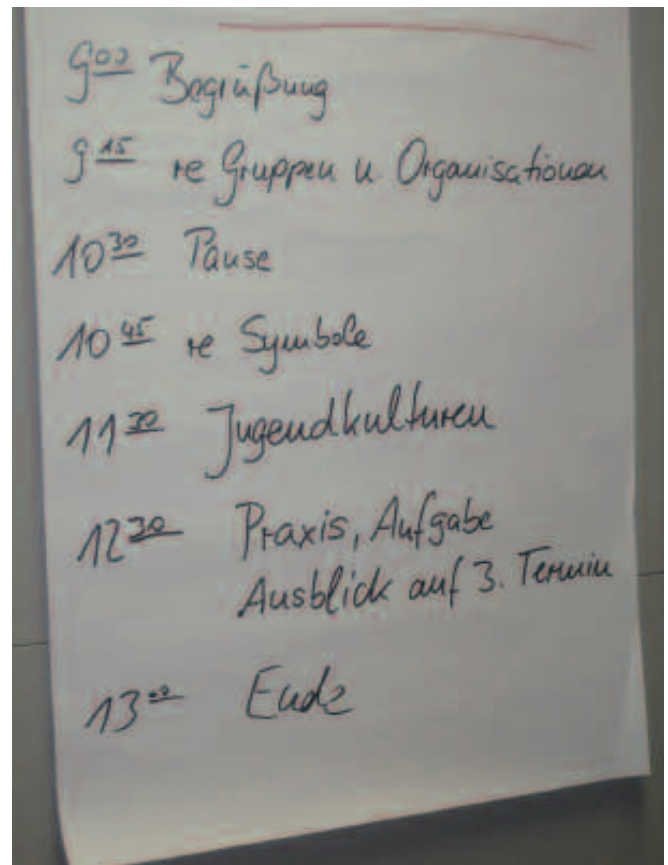
Soziale Einrichtungen sind im Stadtteil wichtige Seismografen. Sie sind Informationsknotenpunkte für erwünschte und unerwünschte Veränderungen im Viertel. Vor diesem Hintergrund sind die Fachleute zentrale Ansprechpersonen im Kampf gegen Rechtsextremismus. Ihr Wirken vor Ort kann Tendenzen frühzeitig entlarven und demokratisches Handeln stärken. Die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus in München (firm) und das Mehrgenerationenhaus „Unter den Arkaden“ im Münchner Norden nahmen diese Einschätzung zum Ausgangspunkt, eine Fortbildung für im Gemeinwesen Aktive zu organisieren. Der Rahmen war schnell gesteckt. Da die Mitarbeitenden wenig Zeit haben, sollten die Einheiten möglichst komprimiert sein. So entstand die Idee, an vier Freitagvormittagen zentrale Inhalte so zu vermitteln, dass sie für die Alltagspraxis tauglich sind und Ansatzpunkte für weitere Überlegungen geben. Das MGH nahm die Teilnahmeakquise in die Hand. Schließlich fand sich eine kleine Gruppe Interessierter zusammen. Wie so oft waren es auch hier Personen, die der Thematik offen gegenüberstehen und schon Vorkenntnisse mitbrachten.

Als Zielsetzung definierten wir:

- Jede Region/jeder Stadtteil ist über das Angebot der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus (firm) informiert
- Jede soziale Einrichtung berücksichtigt in ihrer Nutzungsordnung den Umgang mit extrem rechten Gruppierungen
- Jede soziale Einrichtung hat ihre Qualitätsstandards auf den Themenbereich „Umgang mit extrem rechten Aktivitäten“ erweitert

Alle Veranstaltungen waren im MGH möglich. Beim ersten Treffen starteten wir mit einer Vorstellung von firm und fragten im

Anschluss nach den Erwartungen der Teilnehmenden. Hierfür bereiteten wir einen Fragebogen vor und fragten: „Warum sind Sie hier? Welche Erwartungen haben Sie an die Fortbildung?“ Im Anschluss gab es die Möglichkeit, sich darüber auszutauschen. Als Seminarleitungen informierten wir, wann welche der gewünschten Punkte vorkommen und welche wir nun noch zusätzlich aufgreifen werden. Die ausgefüllten und namentlich gekennzeichneten Fragebögen sammelten wir anschließend ein. Sie sollten am Ende des vierten Treffens wieder verteilt werden und der Evaluation dienen. Es folgte eine Kartenabfrage, was die Teilnehmenden mit Rechtsextremismus assoziieren. Sie sollten auch von Erlebnissen berichten, die sie zum Themenkomplex Rechtsextremismus zählen. So erhielten alle einen Überblick, wie sehr sich die Anwesenden bereits mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Im nächsten Schritt wurden verschiedene Definitionen von Rechtsextremismus vorgestellt und schließlich mit den Assoziationen und Erlebnissen verglichen. Im Anschluss gab es einen kurzen Forschungsüberblick, um die Weite und Differenziertheit der Thematik zu zeigen.



Nach einer Pause erhielten die Teilnehmenden Fallbeispiele. Sie basierten alle auf wahren Begebenheiten. Die Aufgabe war, jeweils aus der Sicht einer sozialen Einrichtung Handlungsoptionen zu überlegen. Dafür musste allerdings zunächst die Problemlage erkannt werden. Was ist das Problem? Was kann ich tun? Wer muss hinzugezogen werden? Wie viel Zeit habe ich? Die Kleingruppen sollten ihre Überlegungen jeweils auf einem Bogen Flipchartpapier zusammenfassen und präsentieren. Die anderen kommentierten, ergänzten etc.

Ein Auszug aus den Beispielen:

a) Das Beispiel: Vor einem großen Einkaufszentrum beobachten Sie häufiger Stände von rechtsextremen Gruppierungen. Wenn die NPD einen Stand macht, gehen nicht so viele hin, aber wenn die Bürgerinitiative Ausländerstop vor Ort ist, holen sich etliche Informationsmaterial. Es gibt keine Gegenproteste.

Handlungsmöglichkeiten: Ansatzpunkte bieten die Netzwerke im Stadtteil. Wer weiß über die Informationsstände Bescheid, wer hat sich das Informationsmaterial durchgelesen etc. Gemeinsam kann anschließend überlegt werden, wie dem begegnet werden kann. In vielen Städten gibt es z. B. die „Aktion brauner Müll“ bzw. „Aktion braune Tonne“. Engagierte vor Ort verteilen in der Umgebung des rechtsextremistischen Infostands Aufklärungsflugblätter und bieten den Passanten eine Mülltüte an, in der diese die rechte Propaganda, die ihnen in die Hand gedrückt wurde, gleich wieder entsorgen können.

b) Das Beispiel: Ein Verein, in dem nur Ehrenamtliche aktiv sind, bietet Ihnen Hilfe in Form einer Kooperation an. Dies soll nach außen hin kommuniziert werden. Der Bereich, der sie am meisten interessiert ist die Seniorenarbeit. Sie würden Hausbesuche machen oder die Senior_innen von zu Hause abholen und in die Einrichtung bringen. Sie würden einkaufen gehen oder auch Ausflüge organisieren. Genau für diese Aufgaben fehlten Ihnen bisher die Mittel und die Leute. Der Verein möchte allerdings nur mit deutschen Senior_innen arbeiten.

Handlungsmöglichkeiten: Sie können sich über den Verein informieren, z. B. durch einen Auszug aus dem Vereinsregister. Dort sind die Satzung und das Gründungsprotokoll jedes Vereines hinterlegt. Sie können mit dem Verein eine klare Vereinbarung treffen, die sie gemeinsam unterzeichnen. In diesem Fall können sie z. B. benennen, dass die Seniorenarbeit deutsche und nicht-deutsche ältere Menschen gleichermaßen berücksichtigt.

c) Das Beispiel: Das jährliche Stadtteilstadt fest steht an. Es haben sich diverse Arbeitskreise gebildet. Sie sind für die Koordination zuständig. Auch für das Kinderprogramm hat sich eine Gruppe gebildet. Eine Engagierte tritt an Sie heran, weil sie eine besonders gute Idee hat. Sie sprach mit einer Freundin über das nahende Stadtteilstadt fest. Diese wiederum erlebte auf einem anderen Fest eine Märchenerzählerin, die sie weiterempfiehlt. Die Engagierte möchte wissen, ob sie mit der Märchenerzählerin selbst Kontakt aufnehmen darf und bis zu welcher Höhe ein Honorar gezahlt werden kann. Sie fragen nach, wer diese Märchenerzählerin ist. Die Engagierte sagt, es handele sich um die Hexe Ragna²².

Handlungsmöglichkeiten: Sie können im Internet recherchieren oder sich bei einer Fachstelle über die Künstlerin erkundigen. Hier gilt, besser einmal zu viel nachfragen als einmal zu wenig. Im Vorfeld haben sie die Möglichkeit, die Organisator_innen des Stadtteilstadt festes für die Thematik zu sensibilisieren.

d) Das Beispiel: Eine Balladensängerin mit ihrer Band fragt bei Ihnen an, ob sie den großen Saal des Stadtteilzentrums für ein Konzert mieten könnte. Sie informieren über die Auflagen und machen schließlich einen Vertrag. Kurz danach stellen Sie fest, dass es sich um eine bekannte rechtsextreme Liedermacherin handelt.

Handlungsmöglichkeiten: Wichtig ist hier die vertragliche Vereinbarung. Diese sollte einen Passus beinhalten, der ihnen bei Aufdeckung einer solchen Täuschung die Möglichkeit zur Kündigung gibt.

Abschließend bekamen alle eine Hausaufgabe. Sie sollten beim dritten Treffen ihren Stadtteil vorstellen.

Beim zweiten Treffen ging es zunächst in einem Infoblock über extrem rechte Gruppen und Organisationen. Später wurden einschlägige Symbole vorgestellt. Dafür gab es diverse Beispiele. Als Hausaufgabe für das dritte Treffen wurde vereinbart, dass die Teilnehmenden in ihrem Stadtteil nach entsprechenden Symbolen suchen und diese Stellen fotografieren. Ansporn sollte sein, dass auch die Referent_innen im Stadtteil nach Aufklebern etc. suchen wollten.



Beim dritten Treffen war die Praxis Schwerpunkt der Diskussion. Zunächst stellten die Teilnehmenden das Potenzial im Stadtteil vor. Sie präsentierten, was es alles an positiven Ansätzen gibt. Danach berichteten sie über gefundene extrem rechte Symbole im Stadtteil und waren neugierig, was die Referent_innen fanden. Es stellte sich heraus, dass die Kenner_innen vor Ort noch an anderen Punkten suchten (und zum Teil fündig wurden), als die von außerhalb, letztere aber auch einiges fanden. Insgesamt gab es nur wenig sichtbare Zeichen im Stadtteil. Es folgte ein Vortrag über extrem rechte in der Zivilgesellschaft und nach einer Pause ein kleines Argumentationstraining gegen Rechts sowie Informationen über die so genannte Wortergreifungsstrategie. Praktische Tipps gab es zur Gestaltung von Nutzungsverträgen und zur Veranstaltungsvorbereitung.

Beim vierten Treffen wurden einige Aktivitäten gegen Rechts, also gute Beispiele präsentiert. Zentral war die daran anschließende Diskussion, bei der herausgearbeitet werden konnte, was an den Beispielen für die eigene Praxis hilfreich ist, welche Ideen hinter den Ansätzen stecken und was die Teilnehmenden konkret anspricht. Im Anschluss ging es gleich in eine Aktionswerkstatt. Die Teilnehmenden planten ein konkretes Projekt, mit dessen Umsetzung sie am nächsten Arbeitstag beginnen wollten.

²² Sigrid Schüßler gründete das Theater Hollerbusch und tritt als Hexe Ragna auf. Sie ist NPD-Funktionärin aus Bayern und schreibt in der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“.

Die Ergebnisse bzw. der Bearbeitungsstand sollte nach einem halben Jahr erhoben werden. Abschließend wurde die Fortbildung gemeinsam ausgewertet. Die Teilnehmenden bemerkten positiv, dass sie eine Fülle von Informationen wohl aufbereitet bekamen. Besonders Spaß gemacht hatte ihnen die Spurensuche im Stadtteil, insbesondere weil sich die Referent_innen daran beteiligten. Gewünscht hätten sie sich noch mehr praktische Übungen. Das Programm sei sehr dicht gewesen. Schließlich erhielten sie ihre Fragebögen vom ersten Treffen zurück. Sie sollten vor diesem Hintergrund noch einmal Rückmeldung geben. Auch hier ergab sich, dass ihre Erwartungen erfüllt oder gar übertroffen wurden.



Weiterführende Literatur:

Klärner, Andreas; Korgel, Lorenz; Molthagen, Dietmar; Ziegenhagen, Martin (Hrsg.) (2008): Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie. Bonn: Dietz Verlag.

Korgel, Lorenz; Molthagen, Dietmar (Hrsg.) (2009): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

Kulick, Holger; Staud, Toralf (2010): Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus - Was man wissen muss und wie man sich wehren kann. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch.

Moning, Elke et al (2009): Multiplikatoren gegen Rechtsextremismus. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.

3.3 Beispiele für gute Projekte

Martina Ortner und Marcus Buschmüller

Was kann vorbeugend und im konkreten Fall getan werden? Allgemeingültige Rezepte gibt es nicht. Nachstehend können wir also nur Anregungen geben.

Zivilgesellschaft stärken

Wo können Bürger_innen mitbestimmen? Wo werden sie aufgefordert, ihre Umgebung mitzugestalten? Es gibt über das Stadtgebiet verteilt Freiwilligenagenturen bzw. Anlaufstellen für Ehrenamtliche, die sich engagieren möchten. Sie können sich ein

Betätigungsfeld auswählen und bekommen Anleitung und die Möglichkeit zur Reflexion, sie können aber auch Ideen mitbringen und werden dann in der Umsetzung unterstützt. In diesem Feld könnte noch mehr darauf geachtet werden, dass verschiedene Altersgruppen und verschiedene Milieus gemeinsam aktiv werden. Ansprechpersonen finden sich z. B. in jedem Sozialbürgerhaus. Viele kreative Tipps gibt es bei der Stiftung Mitarbeit unter www.mitarbeit.de.

Kindern und Jugendlichen Mitsprache zu gewähren, ist nach wie vor ein schwieriges Terrain. Bei Fragen danach, wo der Schuh drückt oder was sie selbst bzw. mit Unterstützung ändern können, werden zwar viele Aspekte gesammelt, nur die Veränderung ist nicht so einfach. Zum einen, weil städtische Verwaltungswege lange dauern und zum anderen, weil es keine verbindlichen Strukturen gibt, wie die Interessen von Kindern und Jugendlichen bindend in einer bestimmten Frist bearbeitet werden. Genau hier könnte angesetzt werden. Empfohlen werden soll an dieser Stelle der Kinderstadtteilkoffer: Ansprechpersonen in München sind die Kinderbeauftragte Jana Frädrieh und Marion Schäfer vom Kinder- und Jugendforum (Kultur - & Spielraum e.V.). Materialien für Jugendbeteiligung werden derzeit im Auftrag des beim Jugendamtes angesiedelten Runden Tisches Partizipation erarbeitet: Ansprechperson dafür ist Gerhard Wagner vom Kreisjugendring München-Stadt.

Stadtteil erkunden

Sich den Stadtteil aus verschiedenen Blickwinkeln anzusehen, ist eine wesentliche Aufgabe der Gemeinwesenarbeit. Denn nur wer weiß, was sich im Stadtteil tut, kann frühzeitig Entwicklungen unterstützen oder gegensteuern. Durch Stadtteilbegehungen mit Zielgruppen können z. B. „Angsträume“ offen gelegt und deren Ursache geklärt werden.

Handlungsmöglichkeiten sind dann beispielsweise

- Den Bezirksausschuss über den Missstand informieren (z. B. fehlende Beleuchtung)
- Einen Paten bzw. eine Patin finden, die die Bürger_innen, bei der Veränderung begleiten und unterstützen
- Kunst- und Kulturprojekte in der definierten Angstzone anregen
- Raumnutzung moderieren, wenn mehrere Gruppen Bedarf anmelden
- Raumnutzung durch gezielte Programme ändern

Neben zielgruppenspezifischen Stadtteilbegehungen gibt es auch thematische, z. B. muslimisches Leben im Stadtteil oder „von unten“ – ein Stadtteil aus der Sicht von Hartz IV Empfänger_innen²³. Interessant ist auch Biographieforschung zu betreiben und hierüber verschiedene Milieus und Altersgruppen miteinander in Kontakt zu bringen. Das Ergebnis kann als Broschüre, Film oder im Internet veröffentlicht werden.²⁴ Geschichtswerkstätten in Münchner Stadtteilen brachten schon vieles zu Tage. Recherchiert werden kann auch historisch z. B. ob im Stadtteil Zwangsarbeiter gelebt und/oder gearbeitet haben.²⁵

Auch das Anlegen und Pflegen von interkulturellen Gärten kann das Klima im Stadtteil verändern. Das sind Gemeinschaftsgärten,

²³ Das Zeitungsprojekt BISS, das Bürgern in sozialen Schwierigkeiten hilft, organisiert z. B. Stadtführungen mit Obdachlosen. Informationen unter: www.biss-magazin.de/projekt/stadtfuehrungen (Zugriff 15.08.2011).

²⁴ Mehr über Oral History z. B. in: Der Kultusminister Nordrhein-Westfalen (Hg.) (1990): Unterrichtsmaterial. Wir diskutieren - Rechtsextremismus. Düsseldorf.

²⁵ Z. B. Werner, Constanze (2000): Kiew – München - Kiew. Schicksale ukrainischer Zwangsarbeiter, München.

an denen verschiedenste Menschen aufeinandertreffen, ihre Freude am Gärtnern teilen und ihr Wissen austauschen. Und das gemeinsame Feiern kommt auch nicht zu kurz. Informationen hierzu gibt es bei www.stiftung-interkultur.de.

Selbstverständlich können verschiedene Zielgruppen auch ihre Lieblingsorte im Stadtteil fotografieren und die Ergebnisse werden dann in einer Ausstellung zusammengeführt oder der Stadtteil wird zur Kunstmeile, indem Bewohner_innen und Künstler_innen gemeinsam öffentliche Räume mit Kunstobjekten bereichern.

In München weniger erprobt, aber durchaus empfehlenswert, sind die Ansätze des Community Theatres (www.spielart-berlin.de/2008/09/24/community-theatre/, Zugriff 15.08.2011).

Bei all diesen Beispielen geht es darum, das vielseitige Leben im Stadtteil zu unterstreichen und durch gemeinsame Aktivitäten Solidarität zu fördern. Ein sozialer und kulturell aktiver Stadtteil, der sich politisch ausdrücken kann, fördert die Lebensqualität und gibt gleichzeitig wenig Raum für Rechtsextreme. Tipps können aus dem Feld der Gemeinwesenarbeit übernommen werden, z. B. unter www.stadtteilarbeit.de.

Bunte Programmangebote der Einrichtungen

Warum nicht Kinoabende organisieren? Das MGH „Unter den Arkaden“ bietet regelmäßige Filmabende an. Die Abende sind eine willkommene Abwechslung für manche_n Bewohner_in im Stadtteil, der bzw. die sonst vielleicht gar nicht ins Kino ginge. Gezeigt werden ausgewählte Filme, insbesondere zum Thema Integration. Auch Lesungen können auf diese Art und Weise organisiert werden.

Aktivitäten gegen Rechtsextremismus



Foto: Friedrich Ebert Stiftung

„Die Ausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern“ mit dem Untertitel „Demokratie stärken. Rechtsradikalismus bekämpfen“ zeigt auf elf Schaubildern die aktuellen, wichtigsten rechtsradikalen Entwicklungen in Bayern auf (Parteien, regionale Vernetzungen, Neue Rechte, rechte Frauen-Szene, Internet, Vorfälle). Ein besonderer Akzent wurde auf die rechte Jugend-Szene gelegt (Rechtsextreme Musikszene, „Brauner Lifestyle“ und seine Symbole, das „Projekt Schulhof“ usw.). Auf weiteren 4 Schaubildern „Was kann man dagegen tun?“ werden verschiedene Formen, Aktionen und Initiativen vorgestellt, die sich für die Abwehr des Rechtsextremismus engagieren und gleichzeitig demokratisches Bewusstsein und die Bereitschaft zum zivilgesellschaftlichen Engagement wecken wollen. Mit dem Titelbild besteht die Ausstellung aus insgesamt 16 Schaubildern (DIN A 0, 85 x 120 cm, rollbare LKW-Plane). Sie kann von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, Vereinen, Initiativen und Aktionsgruppen beim BAYERNFORUM kostenlos angefordert werden.“ www.bayernforum.de/_gegenrechts/index.php

Welche weiteren Möglichkeiten gibt es für Einrichtungen, sich gegen extrem rechte Aktivitäten zu schützen?

- Mit Gruppen, denen ein Raum vermietet wird, kann ein Nutzungsvertrag abgeschlossen werden. Dies schafft Klarheit für alle Beteiligten. Beispiel hierzu: www.fussballvereine-gegenrechts.de/RAUMNUTZUNGSVERTRAG.pdf
- Bei Veranstaltungen überlegen, ob es eine nicht-öffentliche Veranstaltung ist, das heißt, nur ein gezielt angesprochener Personenkreis wird eingeladen und die Veranstaltung wird nicht in der Presse angekündigt, unangemeldete Personen erhalten dann keinen Einlass, oder ob es eine öffentliche Veranstaltung in geschlossenen Räumen ist. Hier grenzen einige Veranstalter_innen durch einen so genannten Einlassvorbehalt den Besucher_innen-Kreis ein. Beispiele dazu unter www.fes-gegen-rechtsextremismus.de.

Weiterführende Literatur:

Borrmann, Stefan (2006): *Soziale Arbeit mit rechten Jugendcliquen. Grundlagen zur Konzeptentwicklung.* Wiesbaden.

Kulturbüro Sachsen (2008): *Demokratieentwicklung im Gemeinwesen.* Dresden.

www.kulturbuerosachsen.de/dokumente/3MBT_Teams.pdf.

Glaser, Michaela; Schuster, Silke (Hg.) (2007): *Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen.* Deutsches Jugendinstitut, Halle.

Handschuk, Sabine: *Interkulturelle Qualitätsentwicklung im Sozialraum.* 2 Bände. Hergensweiler.

Hafeneger, Benno (Hg.) (2011): *Handbuch Außerschulische Jugendbildung. Grundlagen - Handlungsfelder - Akteure,* Schwalbach.

Molthagen, Dietmar; Korgel, Lorenz (Hg.) (2009): *Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.* Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Reich, Kersten (Hg.) (2008 ff): *Methodenpool.* In: URL: <http://methodenpool.uni-koeln.de>. Gebündelte Informationen für München gibt es unter: www.089-gegen-rechts.de

3.4 Beispiele aus dem Münchner Mehrgenerationenhaus Unter den Arkaden

Melanie Mahabat Bahar

Projekte zu initiieren, die für Diversity und gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit ausgerichtet sind, ist in der offenen Bildungs- und Gemeinwesenarbeit oft besonders schwierig. Da die Teilnahme an Weiterbildung, Kursen, Treffs etc. in der GWA das Prinzip der Freiwilligkeit voraussetzt, kann niemand „verpflichtet“ werden, teilzunehmen. Man muss Ideen und Projekte bewerben, am besten gemeinsam mit den Bewohnern entwickeln, sich mit den Menschen des Viertels auseinandersetzen, diskutieren, Meinungen einholen und oft auch überzeugen. Ist dies alles im Idealfall geschehen, ist auch dann eine Teilnahme noch nicht selbstverständlich; wie kann man Menschen unterschiedlichster Hintergründe und Interessen dazu motivieren, sich in ihrer Freizeit regelmäßig mit schwierigen Themen zu beschäftigen? Die Erfahrung in der offenen Bildungsarbeit hat uns gezeigt, dass es oft sinnvoller ist, sich manchen Themen positiv formuliert (also etwa einen Abend für und nicht gegen etwas zu veranstalten) und in kleineren Schritten zu nähern und v.a. den Bezug zum Alltag der Teilnehmer herzustellen – welche Bedeutung hat dieses Thema ganz konkret für mich als Bewohner des Viertels XY; wo besitze ich Mitgestaltungsmöglichkeiten, was kann ich verändern und will ich das überhaupt? So haben wir eine Kinder-Philosophie-Werkstatt und eine Veranstaltung zum internationalen Frauentag durchgeführt, um Diskriminierung vorzubeugen und gegenseitige Wertschätzung zu fördern. Diese zwei Projekte, die die Themen Diversity, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit behandeln und im MGH im Rahmen des Bundesprogramms Xenos umgesetzt wurden, werden hier exemplarisch vorgestellt.

Kinder philosophieren

In Zusammenarbeit mit der Akademie Kinder philosophieren hat das MGH für Kinder und Jugendliche der sozialpädagogischen Lernhilfen LernZiel im MGH eine Philosophie-Werkstatt durchgeführt. In den Lernhilfen werden Kinder und Jugendliche (die meisten von ihnen mit Migrationshintergrund und / oder aus bildungsfernen Schichten) sozialpädagogisch in schulischen Belangen und in der Weiterentwicklung ihrer Sozialkompetenzen betreut. Ausgangspunkt der Philosophiewerkstatt war, dass die pädagogischen Betreuer immer wieder auf diskriminierende Äußerungen der Jugendlichen stießen.

So überlegten wir als integralen Bestandteil der Lernhilfen ein Antidiskriminierungstraining anzubieten und kamen nach Diskussionen schließlich auf die Idee, eine philosophische Werkstatt durchzuführen. Grundgedanke dabei war, dass Diskriminierungen dann entstehen können, wenn unterschiedliche Lebensweisen unverständlich bleiben, wenn „andere“ Kulturen fremd sind oder Angst machen und wenn Angehörige einer vermeintlich „anderen“ Gruppe ausgegrenzt werden, weil sie nicht gleich „wert“ erscheinen. Das Philosophieren war ein Weg, dazu beizutragen, sich gegenseitig wertzuschätzen, Grundhaltungen zu erlernen, andere Mei-

nungen unbewertet erst einmal stehen zu lassen und Dinge „von der anderen Seite“ zu betrachten.

Ziel war es, den beteiligten Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, das Philosophieren nach dem Ansatz der Akademie Kinder Philosophieren in acht bis zehn Einheiten á 120 Minuten kennen zu lernen und dies wenn möglich in einem Ergebnis festzuhalten. Das Philosophieren ist die Antwortsuche auf lebensnahe Fragen. Dabei werden Aspekte der Gruppendynamik aufgenommen und aktiv in den Prozess eingebunden und ermöglichen den Kindern so eine Auseinandersetzung mit sich selbst und den Anderen im Gruppengefüge. Besonders viel Wert gelegt wird auf einen klaren, sprachlichen Ausdruck und ein respektvolles Miteinander, da diese Aspekte unabdingbar sind für eine philosophische Auseinandersetzung in der Gruppe. Auf diese Weise fördert das Philosophieren soziale, kommunikative und kognitive Kompetenzen, Verantwortungsbewusstsein und das Selbstvertrauen der Kinder.

Es zeigte sich, dass die jeweiligen Stunden sehr flexibel gestaltet werden mussten und auf die Gruppendynamik und besonders auf die individuellen Stimmungen der Jugendlichen eingegangen werden musste. Auch war eine Ergebnispräsentation, so wie ursprünglich geplant nicht durchführbar; dafür entschieden sich einige der Gruppe relativ spontan das Lied „Beautiful“ auf dem Sommerfest vor Publikum zu singen.



Teilnehmerinnen der Philosophiewerkstatt interpretieren das Lied „Beautiful“ und setzen sich so mit Diversity auseinander.
Foto: Sinan v. Stietencron (Referent Akademie Kinder Philosophieren)

Internationaler Frauentag

Am 100. internationalen Frauentag setzten sich Frauen verschiedenster Kulturen, Lebenswelten und Bildungsniveaus, die im MGH in Weiterbildungskursen und offenen Treffs eingebunden sind, mit dem Thema Gleichberechtigung und Frau-Sein in verschiedenen Kulturen auseinander. Sie organisierten gemeinsam einen Tag, an dem mit Ausstellungen, Gedichten und Referaten über Rechte und Gewohnheiten informiert wurde. Neben dem informativen Teil trugen aber auch internationale Musik und Essen dazu bei, gemeinsam ins Gespräch zu kommen und aus anderen Ländern zu erfahren. So lernten etwa die Teilnehmerinnen des PC-Anfängerinnenkurses das Modul Internetrecherche, indem sie Informationen zu Menschenrechten und die Rolle der Frauen in verschiedenen Gesellschaften recherchierten. Teilnehmerinnen des „Alltagspraxiskurses“ – ein Kurs für „NeumüchenerInnen“ – stellten eine Liste mit Einrichtungen und Dienstleistungen speziell für Frauen zusammen (z. B. auch zu Frauentaxis, -schuldnerberatungen etc.).²⁶ Eine Modenschau, die nach Meinung der Teilnehmerinnen des Kurses „Qualifizierung für den Handel“ das passende Bewerbungsoutfit repräsentierte sowie traditionelle Kleider aus drei Kontinenten zeigte, rundete den Abend ab. Bemerkenswert war, dass diese Frauen, so unterschiedlich ihre Lebensbezüge und ihre Herkunft sind, ein gemeinsames Thema fanden, dass sie bewegt und miteinander verbindet und sich auch somit mit verschiedenen Kultur- und Wertesystemen auseinandergesetzt haben.



Organisatorinnen des internationalen Frauentags in landestypischer Tracht.
Foto: MGH

²⁶ Hier sei auch auf die Münchner Frauenhandbücher der Gleichstellungsstelle der LH München verwiesen.
Download: http://www.muenchen.de/Rathaus/dir/frauengleichstellung/203879/prinzipien_publicationen.html (letzter Zugriff: 31.08.2011).

Ausblick

Die fünf Vormittage boten reichhaltigen Diskussionsstoff. Wie grenzen wir die Fülle an Informationen ein? Was wissen die Teilnehmenden bereits, was interessiert sie? Wie finden wir einen Bezug zum Alltag der jeweiligen Einrichtung, damit das Gelernte umgesetzt werden kann? Das Interesse hat uns begeistert und angespornt und auch wir haben vieles dazu gelernt. Tipps wurden von den Teilnehmenden gleich erprobt, beim nächsten Treffen gab es dann Rückmeldungen z. B. zum „Einlassvorbehalt“. Aber auch der Blick in den Stadtteil hat sich verändert. Entscheidend war allerdings die Selbstbestätigung. Wir hatten es mit einer Gruppe von Interessierten und bereits Aktiven zu tun, die sich gezielt weiterbilden wollten. Die Teilnehmenden haben sich entschieden gegen extrem rechte Aktivitäten zu handeln. Sie sammelten bereits Informationen, wie auch durch diese Fortbildung. Sie diskutierten bereits mit Nutzer_innen der Einrichtungen und mit Ehrenamtlichen über ausländerfeindliche Sprüche und menschenfeindliche Haltungen. Durch die Schulung sind sie noch mutiger geworden sich abzugrenzen. GWA darf sich nicht scheuen, auch einmal einer Gruppe Einhalt zu gebieten und ihre Räume nicht ungefragt allen zur Verfügung zu stellen.

Was bleibt? Wer gegen Rechtsextremismus handelt, muss Demokratie fördern. Der kontinuierliche Ausbau von Partizipation im Stadtteil und in der Einrichtung ist daher ein wichtiges Mittel im Kampf gegen demokratiefeindliche Bewegungen. Auch durch Projekte können Akzente gesetzt werden. Die Seminarteilnehmenden hatten dazu viele Ideen. Was aber immer wieder angesprochen wurde, ist der Bedarf für die Fortbildung von Ehrenamtlichen. Ziel der GWA ist es, dass sich die unterschiedlichsten Menschen im Stadtteil gemeinsam für ihre Belange engagieren. Aber genau diese Unterschiedlichkeit beinhaltet verschiedene Haltungen. Wir werden uns also zu überlegen haben, wie wir diese Gruppe erreichen.

Martina Ortner, Robert Andreasch und Marcus Buschmüller

Zu den Autoren:

Robert Andreasch (geb. 1973) Studium der Humanmedizin, Soziologie, Sozialpsychologie und Pädagogik. Arbeitet als freier Journalist. Recherchiert und veröffentlicht Beiträge über die extreme Rechte in Süddeutschland für Printmedien sowie Radio und Fernsehen.

Marcus Buschmüller (geb. 1963) seit Anfang der 1980er Jahre politisch interessiert und engagiert, gründete 1990 mit Gleichgesinnten den Verein "Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V.", in dem er seither ehrenamtlich als Vorstand und aktiver Mitarbeiter tätig ist. Seit Januar 2009 leitet er außerdem die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus in München, angegliedert bei der Jugendkultureinrichtung feierwerk e.V.

Martina Susanne Ortner, Dipl. Sozialpädagogin (FH), Erwachsenenbildnerin, Promotion an der Hochschule für Philosophie München bei Johannes Müller SJ über zivilgesellschaftliche Solidarität. Sie arbeitet als Planungsbeauftragte beim Münchner Trichter, einer Kooperationsgemeinschaft freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe, und als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München. Ihre Interessengebiete sind Zivilgesellschaft, Migration und Rechtsextremismus.

Adressen

Akademie Kinder philosophieren im Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft e. V.
Infanteriestraße 8
80797 München
Telefon +49 (0) 89 - 44108 520
Fax +49 (0) 89 - 44108 525
Email HYPERLINK "mailto:akademie@kinder-philosophieren.de" akademie@kinder-philosophieren.de

Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund – AMIGRA –
Burgstr. 4,
80333 München
Tel. 089 233 25255 oder 089 233 24488
E-Mail: amigra.dir@muenchen.de
www.muenchen.de/Rathaus/dir/antidiskriminierung/148634/index.html

B.U.D. - Opferberatung im Auftrag der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus
Herzog-Heinrich-Str. 7,
80336 München
Telefon: 01 51 21 65 31 87
Email: info@bud-bayern.de
www.bud-bayern.de

Elternberatung im Auftrag der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus
Herzog-Heinrich-Str. 7,
80336 München
Telefon: 01 51/23 61 77 82
Email: elternberatung@lks-bayern.de
www.lks-bayern.de

Feierwerk e. V.
firm - Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München
Marcus Buschmüller
Hansastraße 39-41,
81373 München
Telefon 089 724 88-410
Email: firm@feierwerk.de
www.089-gegen-rechts.de

Landeshauptstadt München Fachstelle gegen Rechtsextremismus
Dr. Miriam Heigl
Rathaus
Marienplatz 8, 80331 München
Email: fgr@muenchen.de
www.muenchen.de/gegen-rechtsextremismus

Landeshauptstadt München
Sozialreferat/Stadtjugendamt/Jugendkulturwerk
Klaus Joelsen
Prielmayerstraße 1
80335 München
Email: klaus.joelsen@muenchen.de

Netzwerk demokratische Bildung
Geschäftsstelle:
Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V.
Renate Grasse
Waltherstraße 22, 80337 München
Email: info@agfp.de
www.demokratische-bildung-muenchen.de

